

N i e d e r s c h r i f t

über die öffentliche Sitzung der Ratsversammlung

am Dienstag, dem 24.09.2024

im Ratssaal, Neues Rathaus

Beginn: 10:01 Uhr

Ende: 18:39 Uhr

Anwesend:

Stadtpräsidentin

Frau Anna-Katharina Schättiger

Ratsfrau / Ratsherr

Herr Siamak Aminmansour

Herr Fabian Balster

Herr Thomas Balster

Herr Jürgen Böckenhauer

Herr Jörgen Breckwoldt

Frau Claudia Broy

Frau Sarah Conradt

Herr Bernd Delfs

Frau Wiebke Diehlmann

Herr Fritz Ewert

Herr Andreas Gärtner

Frau Ulrike Göking

Herr Klaus Grassau

Herr Askan Grimmelsmann

Frau Susanne Katrin Grund-Bollow

ab TOP 5

Herr Dirk-Justus Hentschel

Herr Hasan Horata

Herr Süleyman Inci

Herr Peter Janetzky

Herr Claus-Rudolf Johna

Herr Jürgen Joost

Herr Carsten Kaikowski

Herr Dr. Johannes Kandzora

Herr Thorsten Klimm

Herr Gerrit Köhler

ab TOP 15

Frau Sabine Krebs

Herr Martin Kriese

Frau Urte Kringel

Herr Marco Langas-Umlandt

Herr Lukas Maschmann-Lück

Herr Frank Matthiesen

Herr Florian Meyer

Herr Horst-Dieter Micheel

Frau Gaby Mohr

Frau Karin Mundt

Herr Fatih Mutlu

Frau Marina Nitschke

Herr Carsten Ortfeld

Frau Yaren Talia Özgür

ab TOP 11

Herr Andreas Preuß
Frau Petra Preuß
Herr Mark Michael Proch
Herr Arne Rüstemeier
Frau Monika Schmidt
Herr Carsten Schnittcher
Frau Sabina-Babett Schwede-Oldehus
Herr Mirko Sieksmeyer
Herr Marius Sirocko
Herr Hans Heinrich Voigt
Herr Anton Paul Jakob Weber
Herr Artur Wrzesinski
Herr Manfred Zielke
Frau Yvonne Zielke-Rieckmann

Oberbürgermeister

Herr Tobias Bergmann

Erster Stadtrat

Herr Michael Knapp

Stadtrat

Herr Carsten Hillgruber

Stadtbaurätin

Frau Sabine Kling

Von der Verwaltung

FD 01.5
FD 14
FDL 66; ab TOP 10
Vorzimmer Stadtpräsidentin
Personalrat
FDL 10
FD 01.4
FDL 30
FDL 65
FD 01.1
FDL 01
FDL 20
Personalrat
Gleichstellungsbeauftragte
FD 01.4; Protokoll

Herr Stephan Beitz
Herr Peter Braun
Herr Jan Duve
Frau Andrea Eggert
Frau Sabine Heidebrecht-Rüge
Frau Stefanie Kitel
Herr Holger Krüger
Frau Bettina Krull
Herr Matthias Kuck
Herr Daniel Lawrenz
Herr Marc Neumann
Herr Hans-Günter Szislo
Frau Britta Stoffer
Frau Michaela Zöllner
Frau Dana Blank

Bis zu 3 Hausmeister und EDV

Bis zu 3 Vertreter/-innen der Presse und der Offene Kanal Kiel

Bis zu 10 Zuschauer/-innen

Entschuldigt:

Ratsfrau / Ratsherr

Frau Sylvia Boog
Herr Jörg Neumann

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1.	Eröffnung der Sitzung durch die Stadtpräsidentin und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2.	Beschlussfassung über die unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beratenden Tagesordnungspunkte
3.	Tagesordnung der Sitzung am 24.09.2024
4.	Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift der öffentlichen Ratsversammlung der Stadt Neumünster vom 16.07.2024
5.	Mitteilungen des Oberbürgermeisters
6.	Mitteilungen der Stadtpräsidentin
7.	Einwohnerfragestunde
8.	Anfragen (Bereitstellung der bis zum Versand der Einladung beantworteten Anfragen im Ratsinformationssystem)
8.1.	Anfrage der CDU, RH Rüstemeier, betr. Raumbedarfsdeckung Fröbelschule Vorlage: 0133/2023/An
8.2.	Anfrage der CDU, RH Rüstemeier, betr. vorgeschlagener Stellenaufwuchs ab 2025 Vorlage: 0137/2023/An
8.3.	Anfrage der Heimat Neumünster, RH Proch, betr. neue Stadtmarke für Neumünster Vorlage: 0129/2023/An
8.4.	Anfrage der Bürgerfraktion, RH Langas-Umlandt, betr. Druck- und Papierkosten an Schulen Vorlage: 0127/2023/An
8.5.	Anfrage der Bürgerfraktion, RH Joost, betr. Haushaltsentwicklung 2024 Vorlage: 0131/2023/An
8.6.	Anfrage des RH Delfs betr. Hunde auf Kinderspielplatz im Tierpark Neumünster Vorlage: 0132/2023/An
8.7.	Anfrage des RH Delfs, betr. Antwort auf meine Anfrage "Hunde auf Kinderspielplatz im Tierpark Neumünster" vom 05.08.2024 Vorlage: 0135/2023/An
8.8.	Anfrage der RF Göking, betr. Resolution DB Standortinvestition Neumünster Vorlage: 0130/2023/An

8.9.	Anfrage der RF Göking, betr. Kunst im öffentlichen Raum Vorlage: 0136/2023/An
9.	Anträge
9.1.	Antrag der Heimat Neumünster, RH Proch, betr. Abschiebungen konsequent durchsetzen! Vorlage: 0134/2023/An
10.	Vertrag zwischen der Stadt Neumünster und dem Diakonischen Werk Altholstein GmbH über den Betrieb der Zentralen Beratungsstelle für Menschen in Wohnungsnot (ZBS) und die Durchführung der „Ambulanten Wohnbetreuung“ Vorlage: 0282/2023/DS
11.	Qualität in Neumünsteraner Kindertageseinrichtungen und Änderung der Elternbeiträge Vorlage: 0312/2023/DS
12.	Haushaltssatzung 2025 mit Haushaltsplan und Stellenplan Vorlage: 0308/2023/DS
13.	Gremienumbesetzungen: Nachbesetzung im Stadtteilbeirat Gartenstadt Vorlage: 0345/2023/DS
14.	Städtische Beteiligungen: Konzept Aufwandsentschädigungen, hier: Neuregelung von Aufwandsentschädigungen in Beteiligungsunternehmen Vorlage: 0273/2023/DS
15.	Bildung einer Verwaltungsgemeinschaft mit dem Kreis Segeberg zur Benennung der gemeinsamen Datenschutzbeauftragten Vorlage: 0310/2023/DS
16.	Jahresabschluss und Lagebericht 2020 mit Schlussbericht des Fachdienstes Rechnungsprüfung Vorlage: 0327/2023/DS
17.	Jahresabschluss und Lagebericht 2021 mit Schlussbericht des Fachdienstes Rechnungsprüfung Vorlage: 0328/2023/DS
18.	Jahresabschluss und Lagebericht 2022 mit Schlussbericht des Fachdienstes Rechnungsprüfung Vorlage: 0329/2023/DS
19.	Schulentwicklungsplanung: Erweiterung der Fröbelschule; hier: Erweiterung des bestehenden Raumprogramms Vorlage: 0307/2023/DS
20.	Teilfortschreibung zum Thema "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplanes Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 - Erster Entwurf Juni 2024 - Abgabe Stellungnahme - Beschluss Stellungnahme Vorlage: 0330/2023/DS

21.	Teilfortschreibung "Wohnbaulicher Entwicklungsrahmen" des Landesentwicklungsplanes Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021, Änderung Kapitel 3.6.1 Absatz 3 - Abgabe Stellungnahme - Beschluss Stellungnahme Vorlage: 0332/2023/DS
22.	Sportplatz am Volkshaus Ersatzneubau des Umkleidegebäudes Vorlage: 0320/2023/DS
23.	Dringliche Vorlagen
24.	Neumünster, sag mir... 2024 Vorlage: 0120/2023/MV
25.	Gutachterkosten 1. HJ 2024 Vorlage: 0126/2023/MV
26.	Jahresabschluss 2023 Vorlage: 0122/2023/MV
27.	Quartalsbericht II /2024 Vorlage: 0117/2023/MV
28.	Städtische Beteiligungen: Quartalsberichte II. Quartal 2024 städtischer Gesellschaften und Kommunalunternehmen Vorlage: 0127/2023/MV
29.	Städtische Beteiligungen: Jahresabschlüsse 2023 städtischer Gesellschaften und Kommunalunternehmen Vorlage: 0128/2023/MV

1 .	Eröffnung der Sitzung durch die Stadtpräsidentin und Feststellung der Beschlussfähigkeit
-----	--

Frau Stadtpräsidentin Schättiger eröffnet die Sitzung um 10:01 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Frau Stadtpräsidentin Schättiger teilt mit, dass Ratsfrau Boog und Ratsherr Neumann fehlen. Die Ratsherren Hentschel, Weber und Kriese verspäten sich.

2 .	Beschlussfassung über die unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beratenden Tagesordnungspunkte
-----	---

Die Verwaltung hat für die heutige Sitzung neben dem TOP 30 „Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift über die am 16.07.2024 unter Ausschluss der Öffentlichkeit beratenen Tagesordnungspunkte“ 3 weitere Tagesordnungspunkte identifiziert, bei denen Ausschlussgründe vorliegen.

Bei den TOPs 31 und 32 geht es um eine Grundstücksangelegenheiten.

Bei TOP 33 geht es um Rechtsgeschäfte mit Privaten/Unternehmen, deren persönliche oder wirtschaftliche Verhältnisse in die Beratung mit einbezogen werden

Der TOP 34 ist für Mitteilungen vorgesehen.

Beschluss:

Die TOPs 30 bis 33 werden unter Ausschluss der Öffentlichkeit beraten. Der TOP 34 ist für Mitteilungen vorgesehen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung (einstimmig, gem. § 35 GO mit der nötigen Mehrheit von mind. 2/3 der anwesenden Ratsmitglieder)

3 .	Tagesordnung der Sitzung am 24.09.2024
-----	--

Da es keine anderslautenden Vorschläge gibt, wird die Tagesordnung in der vorgesehenen Reihenfolge abgehandelt.

4 .	Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift der öffentlichen Ratsversammlung der Stadt Neumünster vom 16.07.2024
-----	---

Es liegen keine Einwendungen vor.

5 .	Mitteilungen des Oberbürgermeisters
-----	-------------------------------------

Herr Oberbürgermeister Bergmann berichtet, dass die Ausbildung der Industriemechaniker/-innen auch weiterhin am Standort Neumünster erfolgen könne. Dafür würden jedoch mindestens 19 Auszubildende pro Ausbildungsjahr benötigt. Um diese Menge zu erreichen, sei eine entsprechende Absichtserklärung mit den örtlichen Unternehmen abgeschlossen worden.

6 .	Mitteilungen der Stadtpräsidentin
-----	-----------------------------------

Frau Stadtpräsidentin Schättiger weist die Ratsmitglieder darauf hin, dass diesen für die Sitzungen der Ratsversammlungen ein Particket für das Parkhaus angeboten werde. Dieses sei im Vorzimmer der Stadtpräsidentin erhältlich.

Frau Stadtpräsidentin Schättiger berichtet, dass das Einheitssingen auf dem Großflecken auch in diesem Jahr wieder am 03.10.2024 stattfinden werde und bittet um rege Beteiligung.

7 .	Einwohnerfragestunde
-----	----------------------

Es liegen keine Einwohnerfragen vor.

8 .	Anfragen (Bereitstellung der bis zum Versand der Einladung beantworteten Anfragen im Ratsinformationssystem)
-----	--

Frau Stadtpräsidentin Schättiger weist darauf hin, dass die Anfragen an dieser Stelle lediglich über das Ratsinformationssystem zur Verfügung gestellt werden. Gemäß § 16 Abs. 3 der Geschäftsordnung wird darüber weder beraten noch gibt es dazu Anträge bzw. Beschlüsse.

8.1 .	Anfrage der CDU, RH Rüstemeier, betr. Raumbedarfsdeckung Fröbelschule Vorlage: 0133/2023/An
8.2 .	Anfrage der CDU, RH Rüstemeier, betr. vorgeschlagener Stellenaufwuchs ab 2025 Vorlage: 0137/2023/An
8.3 .	Anfrage der Heimat Neumünster, RH Proch, betr. neue Stadtmarke für Neumünster Vorlage: 0129/2023/An
8.4 .	Anfrage der Bürgerfraktion, RH Langas-Umlandt, betr. Druck- und Papierkosten an Schulen Vorlage: 0127/2023/An
8.5 .	Anfrage der Bürgerfraktion, RH Joost, betr. Haushaltsentwicklung 2024 Vorlage: 0131/2023/An

8.6 .	Anfrage des RH Delfs betr. Hunde auf Kinderspielplatz im Tierpark Neumünster Vorlage: 0132/2023/An
8.7 .	Anfrage des RH Delfs, betr. Antwort auf meine Anfrage "Hunde auf Kinderspielplatz im Tierpark Neumünster" vom 05.08.2024 Vorlage: 0135/2023/An
8.8 .	Anfrage der RF Göking, betr. Resolution DB Standortinvestition Neumünster Vorlage: 0130/2023/An
8.9 .	Anfrage der RF Göking, betr. Kunst im öffentlichen Raum Vorlage: 0136/2023/An

9 .	Anträge
9.1 .	Antrag der Heimat Neumünster, RH Proch, betr. Abschiebungen konsequent durchsetzen! Vorlage: 0134/2023/An

Es liegt ein Fall des § 15 Abs. 9 GeschORV vor. Die Ratsversammlung hatte die Angelegenheit bereits in ihrer Sitzung am 26.03.2024 im Rahmen eines Antrages der Heimat Neumünster (0096/2023/An) beraten und beschlossen.

Daher weist Frau Stadtpräsidentin Schättiger darauf hin, dass zunächst zu beschließen sei, dass sich die Ratsversammlung erneut mit der Angelegenheit befassen möchte.

Die erneute Befassung der Angelegenheit wird mit 6 Ja-Stimmen, 46 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

10 .	Vertrag zwischen der Stadt Neumünster und dem Diakonischen Werk Altholstein GmbH über den Betrieb der Zentralen Beratungsstelle für Menschen in Wohnungsnot (ZBS) und die Durchführung der „Ambulanten Wohnbetreuung“ Vorlage: 0282/2023/DS
------	--

Ratsfrau Schwede-Oldehus erklärt sich gem. § 22 GO für befangen und verlässt für die Beratung und Beschlussfassung dieses Tagesordnungspunktes den Raum.

Ratsherr Rüstemeier bringt einen Änderungsantrag ein und begründet diesen. Demnach soll der Beschluss wie folgt geändert werden:

„Die Zuschüsse für das Diakonische Werk für den Betrieb der Zentralen Beratungsstelle für Menschen in Wohnungsnot (ZBS) und die Durchführung der Ambulanten Wohnbetreuung werden um die Kosten für die doppelte Nachtbesetzung reduziert. Die Sicherheit der Nachtbesetzung ist durch technische Maßnahmen herzustellen.“

Der Änderungsantrag ist im Ratsinformationssystem bei TOP 10 hinterlegt.

Der Änderungsantrag und die Vorlage werden intensiv und kontrovers diskutiert, insbesondere im Hinblick auf die damit verbundenen Kosten und die noch anstehende Haushaltsberatung.

Der Änderungsantrag der CDU wird mit 22 Ja-Stimmen, 29 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Beschluss:

Dem Abschluss des Vertrages zwischen der Stadt Neumünster und dem Diakonischen Werk Altholstein GmbH über den Betrieb der Zentralen Beratungsstelle für Menschen in Wohnungsnot und die Durchführung der „Ambulanten Wohnbetreuung“ für den Zeitraum 01.01.2025 bis 31.12.2029 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung (einstimmig)

Ja-Stimmen: 29
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 22

11 .	Qualität in Neumünsteraner Kindertageseinrichtungen und Änderung der Elternbeiträge Vorlage: 0312/2023/DS
------	--

Die Ratsfrauen Krebs, Kringel, Mohr, Schwede-Oldehus und Zielke-Rieckmann sowie Ratsherr Inci erklären sich gem. § 22 GO für befangen und verlassen für die Beratung und Beschlussfassung dieses Tagesordnungspunktes den Raum.

Ratsherr Breckwoldt bringt einen gemeinsamen Änderungsantrag der Ratsfraktionen von CDU, Grüne, FDP und BfB/Die Linke ein und begründet diesen. Demnach soll der Beschluss wie folgt geändert werden:

- „1. Ergänze vor Punkt 1: *„Der Beschluss der Ratsversammlung im Juli 2024 zur Drucksache 0265/2023 wird aufgehoben.“*
2. Fasse Punkt 2 wie folgt: *„2. Zur Sicherstellung und Erfüllung des Anspruchs auf Inklusion und der verlässlichen Arbeit in allen Kindertageseinrichtungen in Neumünster wird der Bereitstellung eines zusätzlichen Budgets (neumünsterspezifische Qualität) in Höhe von ca. 4.871.500 Euro für die Träger von Kindertageseinrichtungen zugestimmt.“*
3. Fasse Punkt 4 wie folgt: *„Dem Vorschlag, die Elternbeiträge in Neumünster für den Besuch einer Kindertageseinrichtung zum nächstmöglichen Zeitpunkt um 0,55 € je Betreuungsstunde bei Ü 3 Kindern und um 0,65 € je Betreuungsstunde bei U 3 Kindern anzuheben (Variante 4a), wird zugestimmt. Eine weitere Erhöhung der Elternbeiträge auf das gesetzlich vorgesehene Niveau (Variante 4b) erfolgt mit Beginn des Kita-Jahres im Sommer 2025.“*

Der Änderungsantrag ist im Ratsinformationssystem bei TOP 11 hinterlegt.

Ratsherr Voigt beantragt im Falle einer Ablehnung des gemeinsamen Änderungsantrages Einzelabstimmung der verschiedenen Punkte der Vorlage.

Ratsherr Joost bringt einen Änderungsantrag ein und begründet diesen. Demnach soll der Beschluss wie folgt geändert werden:

- „Ziffer 2: der Vorlage: *„Zur Sicherstellung und Erfüllung des Anspruchs auf Inklusion und der verlässlichen Arbeit in allen Kindertageseinrichtungen in Neumünster wird der Bereitstellung eines zusätzlichen Budgets (neumünsterspezifische Qualität) in Höhe von maximal 3.500.000 € für die Träger von Kindertageseinrichtungen zugestimmt.*
- Ziffer 3 der Vorlage: *„Dem Vorschlag, zur Begegnung des Fachkräftemangels Erstkkräfte (Erzieher*innen) auf Zweitkraftstellen (Sozialpädagogische Assistent*innen) zeitlich befristet einzusetzen, wird zugestimmt. Die Ausgaben sind dabei von ca. 2.000.000 € (bislang) auf maximal 750.000 € zu reduzieren.*“
- Ziffer 4 der Vorlage: *„Dem Vorschlag, die Elternbeiträge in Neumünster für den Besuch einer - 2 - Kindertageseinrichtung um 0,55 € je Betreuungsstunde bei Ü 3 Kindern und um 0,65 € je Betreuungsstunde bei U 3 Kindern anzuheben (Variante 4a), wird nicht zugestimmt.“*

Der Änderungsantrag ist im Ratsinformationssystem bei TOP 11 hinterlegt.

Ratsherr Matthiesen bringt einen Änderungsantrag ein und begründet diesen. Demnach soll der Beschluss wie folgt geändert werden:

- „1. *Die Verwaltung überarbeitet die ursprüngliche Drucksache 0265/2023 bis zur nächsten Sitzungsfolge in enger Abstimmung mit den Trägern der Kindertageseinrichtungen und der Kreiselternvertretung, um*
- der dramatischen Haushaltslage der Stadt Neumünster gerecht zu werden,*
 - die zukünftigen Elternbeiträge so gering wie möglich halten zu können und*
 - die Qualität der frühkindlichen Bildung auf einem möglichst guten Level halten zu können.*
2. *Dabei ist darauf zu achten, dass die personelle Ausstattung und verlässliche Öffnungszeiten in den Kindertagesstätten gesichert werden. Das dafür vorgesehene zusätzliche Budget für personelle Ressourcen wird auf 3,9 Mio. € festgelegt.*
3. *Die Verwaltung legt der Ratsversammlung parallel oder in der gleichen Drucksache einen Vorschlag zur zukünftigen Erhebung der Elternbeiträge einschließlich des Verpflegungszuschusses zur Entscheidung vor. Es sind Beispielrechnungen beizufügen, aus denen sich die Änderungen für möglichst viele Eltern einfach ableiten lassen.“*

Der Änderungsantrag ist im Ratsinformationssystem bei TOP 11 hinterlegt.

Die verschiedenen Änderungsanträge und die Vorlage werden intensiv und kontrovers diskutiert, insbesondere hinsichtlich der damit verbundenen finanziellen Auswirkungen, sowohl für die Eltern als auch für die Stadt und die noch anstehende Haushaltsberatung.

Dem gemeinsamen Änderungsantrag von CDU, Grünen, FDP und BfB/Die Linke wird mit 26 Ja-Stimmen, 21 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich zugestimmt.

Der Änderungsantrag der Bürgerfraktion wird mit 3 Ja-Stimmen, 32 Nein-Stimmen und 12 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Der Änderungsantrag der SPD wird mit 16 Ja-Stimmen, 29 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Beschluss (geänderte Fassung):

1. Der Beschluss der Ratsversammlung im Juli 2024 zur Drucksache 0265/2023 wird aufgehoben.
Die in der Drucksache vorgeschlagenen Varianten zur Sicherstellung der neumünster-spezifischen Qualität in Kindertageseinrichtungen und zur Veränderung der Elternbeiträge werden zur Kenntnis genommen.
2. Zur Sicherstellung und Erfüllung des Anspruchs auf Inklusion und der verlässlichen Arbeit in allen Kindertageseinrichtungen in Neumünster wird der Bereitstellung eines zusätzlichen Budgets (neumünsterspezifische Qualität) in Höhe von ca. 4.871.500 € für die Träger von Kindertageseinrichtungen zugestimmt.
3. Dem Vorschlag, zur Begegnung des Fachkräftemangels Erstkräfte (Erzieher*innen) auf Zweitkraft-stellen (Sozialpädagogische Assistent*innen) zeitlich befristet einzusetzen, wird zugestimmt. Die Ausgaben sind dabei von ca. 2.000.000 € (bislang) auf ca. 1.000.000 € zu reduzieren.
4. Dem Vorschlag, die Elternbeiträge in Neumünster für den Besuch einer Kindertageseinrichtung um 0,55 € je Betreuungsstunde bei Ü 3 Kindern und um 0,65 € je Betreuungsstunde bei U 3 Kindern anzuheben (Variante 4a), wird zugestimmt. Eine weitere Erhöhung der Elternbeiträge auf das gesetzlich vorgesehene Niveau (Variante 4b) erfolgt mit Beginn des Kita-Jahres im Sommer 2025.
5. Dem Vorschlag, die Kosten für das Mittagessen in den städtischen Kindertageseinrichtungen in Höhe der tatsächlich anfallenden Kosten durch Elternbeiträge zu decken (Variante 5a), wird zugestimmt. Die Nutzungs- und Kostenbeitrags-satzung ist entsprechend anzupassen.
6. Die Verwaltung wird beauftragt, im ersten Halbjahr 2025 der Politik auf Basis des neuen KiTaG einen Vorschlag zur Fortführung der kommunalen Qualitäten ab 2026 vorzulegen.

Abstimmungsergebnis (geänderte Fassung):

Zustimmung (mehrheitlich)

Ja-Stimmen: 26
Nein-Stimmen: 21
Enthaltung: 0

12 .	Haushaltssatzung 2025 mit Haushaltsplan und Stellenplan Vorlage: 0308/2023/DS
------	--

Beraten wird die Vorlage inklusive der vorliegenden Veränderungsliste der Verwaltung und der Anträge der Fraktionen zum Haushalt.

Herr Oberbürgermeister Bergmann bringt mit seiner Rede zum Haushalt die Vorlage ein. Er erläutert die schwierige finanzielle Lage und das große Defizit des Haushaltsentwurfes. Dieses sei nicht selbstverschuldet, sondern durch externe Faktoren bedingt. Zur Bewältigung dieser schwierigen Haushaltslage sei eine gegenseitige Misstrauenskultur sowie eine Mikrosteuerung nicht hilfreich. Es brauche ein Höchstmaß an Disziplin und große Entscheidungen.

Herr Erster Stadtrat Knapp bedankt sich bei den Mitarbeitenden der Verwaltung für die gute Erarbeitung des Haushaltsentwurfs sowie des Stellenplans. Die Rechtmäßigkeit des Verwaltungshandelns dürfe nicht eingeschränkt werden. Es reiche zur Bewältigung des großen Haushaltsdefizites nicht Leistungsausweitungen abzulehnen Es seien Kürzungen notwendig. Dafür sei eine gute Zusammenarbeit von Verwaltung und Politik erforderlich.

Es folgen die Haushaltsreden der Fraktionen und Ratsfrau Göking in folgender Reihenfolge:

1. Ratsherr Rüstemeier für die CDU-Ratsfraktion
2. Ratsherr Matthiesen für die SPD-Rathausfraktion
3. Ratsfrau Broy für die BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Ratsfraktion
4. Ratsherr Janetzky für die FDP Ratsfraktion
5. Ratsherr Joost für die Bürgerfraktion
6. Ratsherr Gärtner für die Ratsfraktion BfB/Die Linke
7. Ratsherr Proch für die Ratsfraktion Heimat Neumünster
8. Ratsfrau Göking

Frau Stadtpräsidentin Schättiger bittet Ratsfrau Göking sich in ihrer Rede auf den Haushalt der Stadt Neumünster zu beschränken und keine Bundes- oder Landespolitik zu diskutieren.

Die Sitzung wird um 12:37 Uhr für eine Pause unterbrochen und um 14:00 Uhr fortgesetzt.

Frau Stadtpräsidentin Schättiger bedankt sich für die gute Aufarbeitung des Haushaltes und der Änderungsanträge bei der Verwaltung.

Ratsherr Gärtner beantragt gem. § 28 Abs. 5 GeschORV für sämtliche Abstimmungen zum Haushalt eine Protokollierung der Abstimmungsergebnisse nach Fraktionen.

Im Folgenden werden die einzelnen Änderungs- und Ergänzungsanträge der Fraktionen, beginnend mit dem Ergebnisplan (E1 bis E17) und dann dem Finanzplan (I1 bis I18), aufgerufen und beschlossen. Anschließend erfolgt die Beratung und Beschlussfassung über die Begleitanträge (B1 bis B16).

Nr.	Fraktion	Bezeichnung
E 1	Bürgerfraktion	Verlustrausgleich FEK
Antrag (siehe Anlage 3, Seite 9 zu 0308/2023/DS)		
Die Zahlung von Verlustrausgleichen an das Friedrich-Ebert-Krankenhaus (FEK) dürfen erst dann erfolgen, wenn das FEK seinerseits alles Erforderliche unternommen hat, um Liquidität zu sichern bzw. zu beschaffen und auch außerordentliche Erträge zu realisieren. Dazu gehört die Veräußerung von Grundstücken und Immobilien, die nicht dem unmittelbaren Krankenhausbetrieb zuzuordnen sind, z.B. das Gebäude der Pflegeschule sowie die Parkplätze an Friesenstraße und Holsatenring, verbunden mit der Möglichkeit, diese ggf. zurück zu mieten.		
Ratsfrau Conradt und Ratsherr Maschmann-Lück erklären sich gem. § 22 GO für befangen und verlassen für die Beratung und Beschlussfassung dieses Antrages den Raum.		
Ratsherr Rüstemeier bringt einen Änderungsantrag zu diesem Antrag ein und begründet diesen. Demnach soll der Antrag wie folgt geändert werden: <i>„Die Zahlung an das FEK darf erst erfolgen, wenn das FEK zuvor unter Mitwirkung des städtischen Beteiligungsmanagements alle Möglichkeiten ausgeschöpft hat, außerordentliche Erträge innerhalb des Konzerns Stadt Neumünster zu realisieren oder Grundstücke/Immobilien an andere städtische Beteiligungsunternehmen zu veräußern, die nicht un-</i>		

mittelbar dem Krankenhausbetrieb zuzuordnen sind. Städtische Mittel sind dafür nicht einzusetzen.“

Ratsherr Johna beantragt die Überweisung der Angelegenheit in den Ausschuss für Finanz- und Vergabeangelegenheiten.

Ratsherr Joost bringt den Antrag ein und begründet diesen. Er erklärt den präzisierten Antrag der CDU zu übernehmen. Die Beschlussfassung über die Freigabe der Mittel solle durch den Hauptausschuss erfolgen.

Ratsherr Rüstemeier weist hinsichtlich des Überweisungsantrages von Ratsherrn Johna an den Ausschuss für Finanz- und Vergabeangelegenheiten darauf hin, dass seines Erachtens der Hauptausschuss der zuständige Fachausschuss sei. Daraufhin korrigiert Ratsherr Johna seinen Überweisungsantrag auf den Hauptausschuss.

Die Anträge werden kontrovers diskutiert.

Beschluss:

[Ablehnung]

Die Angelegenheit wird an den Hauptausschuss überwiesen.

Abstimmungsergebnis (Überweisungsantrag an den Hauptausschuss):

Ablehnung (mehrheitlich)

Fraktion/Ratsmitglied	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
CDU		16	
SPD	13		
Die GRÜNEN	6		
FDP		4	
BfB/Die Linke	1	1	
Heimat Neumünster		3	
Bürgerfraktion		3	
AfD		3	
Ratsfrau Göking		1	
Ratsherr Schnittcher	1		
gesamt:	21	31	

Beschluss (von der Bürgerfraktion übernommener Änderungsantrag der CDU):

[Ablehnung]

Die Zahlung an das FEK darf erst erfolgen, wenn das FEK zuvor unter Mitwirkung des städtischen Beteiligungsmanagements alle Möglichkeiten ausgeschöpft hat, außerordentliche Erträge innerhalb des Konzerns Stadt Neumünster zu realisieren oder Grundstücke/Immobilien an andere städtische Beteiligungsunternehmen zu veräußern, die nicht unmittelbar dem Krankenhausbetrieb zuzuordnen sind. Städtische Mittel sind dafür nicht einzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Ablehnung (mehrheitlich)

Fraktion/Ratsmitglied	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
CDU	16		
SPD		13	
Die GRÜNEN		6	
FDP		4	
BfB/Die Linke	1	1	
Heimat Neumünster	3		
Bürgerfraktion	3		
AfD	3		
Ratsfrau Göking		1	
Ratsherr Schnittcher		1	
gesamt:	26	26	

Nr.	Fraktion	Bezeichnung	
E 2	CDU	Personalaufwendungen	
Antrag (siehe Anlage 3, Seite 13 zu 0308/2023/DS) – gleichlautend mit E 17			
Abweichend von der Drucksache wird kein Stellenaufwuchs für nicht gegenfinanzierte Stellen genehmigt. Die dargestellten Anforderungen sind durch Reorganisation innerhalb des Bestands abzudecken.			
Ratsherr Rüstemeier bringt den Antrag ein und begründet diesen.			
Der Antrag wird intensiv und kontrovers hinsichtlich der Auswirkungen für die Verwaltung diskutiert. Es wird betont, dass durch diesen Beschluss keine Stellen gestrichen würden. Es würden lediglich keine neuen Stellen geschaffen. Die Verwaltung solle für die zu erledigenden Aufgaben im Rahmen ihrer Organisationshoheit entsprechende Lösungen schaffen.			
Beschluss:			
Abweichend von der Drucksache wird kein Stellenaufwuchs für nicht gegenfinanzierte Stellen genehmigt. Die dargestellten Anforderungen sind durch Reorganisation innerhalb des Bestands abzudecken.			
Abstimmungsergebnis:			
Zustimmung (mehrheitlich)			
Fraktion/Ratsmitglied	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
CDU	16		
SPD		13	
Die GRÜNEN		7	
FDP	4		
BfB/Die Linke	1	1	
Heimat Neumünster			3
Bürgerfraktion	3		
AfD	3		
Ratsfrau Göking		1	
Ratsherr Schnittcher	1		
gesamt:	28	22	3

Nr.	Fraktion	Bezeichnung																																																	
E 2.1	Bürgerfraktion	Anträge zum Stellenplan																																																	
Antrag (Der Antrag ist im Ratsinformationssystem bei TOP 12 hinterlegt)																																																			
<ol style="list-style-type: none"> 1. Streichung aller neugeschaffenen Stellen ohne vollständige Gegenfinanzierung. 2. Streichung aller Aufhebungen von KW-Vermerken, sofern die Stellen nicht vollständig gegenfinanziert sind. 3. Streichung aller beantragten Entfristungen von bislang befristeten Stellen, sofern die Stellen nicht vollständig gegenfinanziert sind. 																																																			
<p>Ratsherr Joost bringt den Antrag ein und begründet diesen. Da sich der Antragspunkt 1 durch die soeben erfolgte Beschlussfassung zu E2 bereits erledigt hat, entfällt diese.</p>																																																			
<p>Beschluss:</p>																																																			
<p>[Ablehnung]</p>																																																			
<ol style="list-style-type: none"> 1. Streichung aller Aufhebungen von KW-Vermerken, sofern die Stellen nicht vollständig gegenfinanziert sind. 2. Streichung aller beantragten Entfristungen von bislang befristeten Stellen, sofern die Stellen nicht vollständig gegenfinanziert sind. 																																																			
<p>Abstimmungsergebnis:</p>																																																			
<p>Ablehnung (mehrheitlich)</p>																																																			
<table border="1"> <thead> <tr> <th data-bbox="193 1003 518 1037">Fraktion/Ratsmitglied</th> <th data-bbox="518 1003 708 1037">Ja-Stimmen</th> <th data-bbox="708 1003 938 1037">Nein-Stimmen</th> <th data-bbox="938 1003 1144 1037">Enthaltungen</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td data-bbox="193 1037 518 1070">CDU</td> <td data-bbox="518 1037 708 1070"></td> <td data-bbox="708 1037 938 1070">16</td> <td data-bbox="938 1037 1144 1070"></td> </tr> <tr> <td data-bbox="193 1070 518 1104">SPD</td> <td data-bbox="518 1070 708 1104"></td> <td data-bbox="708 1070 938 1104">13</td> <td data-bbox="938 1070 1144 1104"></td> </tr> <tr> <td data-bbox="193 1104 518 1137">Die GRÜNEN</td> <td data-bbox="518 1104 708 1137"></td> <td data-bbox="708 1104 938 1137">7</td> <td data-bbox="938 1104 1144 1137"></td> </tr> <tr> <td data-bbox="193 1137 518 1171">FDP</td> <td data-bbox="518 1137 708 1171"></td> <td data-bbox="708 1137 938 1171">4</td> <td data-bbox="938 1137 1144 1171"></td> </tr> <tr> <td data-bbox="193 1171 518 1205">BfB/Die Linke</td> <td data-bbox="518 1171 708 1205"></td> <td data-bbox="708 1171 938 1205">2</td> <td data-bbox="938 1171 1144 1205"></td> </tr> <tr> <td data-bbox="193 1205 518 1238">Heimat Neumünster</td> <td data-bbox="518 1205 708 1238"></td> <td data-bbox="708 1205 938 1238">3</td> <td data-bbox="938 1205 1144 1238"></td> </tr> <tr> <td data-bbox="193 1238 518 1272">Bürgerfraktion</td> <td data-bbox="518 1238 708 1272">3</td> <td data-bbox="708 1238 938 1272"></td> <td data-bbox="938 1238 1144 1272"></td> </tr> <tr> <td data-bbox="193 1272 518 1305">AfD</td> <td data-bbox="518 1272 708 1305">3</td> <td data-bbox="708 1272 938 1305"></td> <td data-bbox="938 1272 1144 1305"></td> </tr> <tr> <td data-bbox="193 1305 518 1339">Ratsfrau Göking</td> <td data-bbox="518 1305 708 1339"></td> <td data-bbox="708 1305 938 1339">1</td> <td data-bbox="938 1305 1144 1339"></td> </tr> <tr> <td data-bbox="193 1339 518 1373">Ratsherr Schnittcher</td> <td data-bbox="518 1339 708 1373"></td> <td data-bbox="708 1339 938 1373">1</td> <td data-bbox="938 1339 1144 1373"></td> </tr> <tr> <td data-bbox="193 1373 518 1406">gesamt:</td> <td data-bbox="518 1373 708 1406">6</td> <td data-bbox="708 1373 938 1406">47</td> <td data-bbox="938 1373 1144 1406"></td> </tr> </tbody> </table>				Fraktion/Ratsmitglied	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen	CDU		16		SPD		13		Die GRÜNEN		7		FDP		4		BfB/Die Linke		2		Heimat Neumünster		3		Bürgerfraktion	3			AfD	3			Ratsfrau Göking		1		Ratsherr Schnittcher		1		gesamt:	6	47	
Fraktion/Ratsmitglied	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen																																																
CDU		16																																																	
SPD		13																																																	
Die GRÜNEN		7																																																	
FDP		4																																																	
BfB/Die Linke		2																																																	
Heimat Neumünster		3																																																	
Bürgerfraktion	3																																																		
AfD	3																																																		
Ratsfrau Göking		1																																																	
Ratsherr Schnittcher		1																																																	
gesamt:	6	47																																																	

Nr.	Fraktion	Bezeichnung	
E 3	CDU	Personalaufwendungen	
Antrag (siehe Anlage 3, Seite 13 zu 0308/2023/DS)			
Es wird eine Anpassung der eingeplanten Tarife auf die aktuelle, abgesenkte Prognose vorgenommen.			
Beschluss: Es wird eine Anpassung der eingeplanten Tarife auf die aktuelle, abgesenkte Prognose vorgenommen.			
Abstimmungsergebnis: Zustimmung (einstimmig)			
Fraktion/Ratsmitglied	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
CDU	16		
SPD	13		
Die GRÜNEN	7		
FDP	4		
BfB/Die Linke	2		
Heimat Neumünster	3		
Bürgerfraktion	3		
AfD	3		
Ratsfrau Göking			1
Ratsherr Schnittcher	1		
gesamt:	52		1

Nr.	Fraktion	Bezeichnung	
E 4	CDU	Geschäftsaufwendungen, Fortbildungs- und Reisekosten	
Antrag (siehe Anlage 3, Seite 13 zu 0308/2023/DS)			
Es wird eine pauschale Kürzung bei Geschäftsaufwendungen, Reisekosten und Fortbildungskosten um 20% vorgenommen.			
Beschluss: Es wird eine pauschale Kürzung bei Geschäftsaufwendungen, Reisekosten und Fortbildungskosten um 20% vorgenommen.			
Abstimmungsergebnis: Zustimmung (mehrheitlich)			
Fraktion/Ratsmitglied	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
CDU	16		
SPD	13		
Die GRÜNEN		7	
FDP	4		
BfB/Die Linke	2		
Heimat Neumünster	2		1
Bürgerfraktion	3		
AfD	3		
Ratsfrau Göking			1
Ratsherr Schnittcher	1		
gesamt:	44	7	2

Nr.	Fraktion	Bezeichnung	
E 5	CDU	Zuschuss zur Errichtung und zum Betrieb eines MVZs	
Antrag (siehe Anlage 3, Seite 13 zu 0308/2023/DS)			
Für das Haushaltsjahr 2025 ist ein Zuschuss in Höhe von 100.000 Euro zur Errichtung und zum Betrieb eines Medizinischen Versorgungszentrums (MVZ) vorgesehen. Dieser Betrag wird gestrichen und stattdessen für den Haushalt 2026 eingeplant.			
Beschluss:			
Für das Haushaltsjahr 2025 ist ein Zuschuss in Höhe von 100.000 Euro zur Errichtung und zum Betrieb eines Medizinischen Versorgungszentrums (MVZ) vorgesehen. Dieser Betrag wird gestrichen und stattdessen für den Haushalt 2026 eingeplant.			
Abstimmungsergebnis:			
Zustimmung (mehrheitlich)			
Fraktion/Ratsmitglied	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
CDU	16		
SPD	13		
Die GRÜNEN	7		
FDP	4		
BfB/Die Linke	2		
Heimat Neumünster		3	
Bürgerfraktion	3		
AfD	3		
Ratsfrau Göking		1	
Ratsherr Schnittcher	1		
gesamt:	49	4	

Nr.	Fraktion	Bezeichnung	
E 6	CDU	Zuschüsse für freie Kultureinrichtungen und Projekte	
Antrag (siehe Anlage 3, Seite 14 zu 0308/2023/DS)			
Der Ansatz für Zuschüsse für freie Kultureinrichtungen und Projekte aus dem Jahr 2024 in Höhe von 9.000 Euro wird übernommen. Die vorgesehene Erhöhung um 1.500 Euro wird gestrichen.			
Beschluss: Der Ansatz für Zuschüsse für freie Kultureinrichtungen und Projekte aus dem Jahr 2024 in Höhe von 9.000 Euro wird übernommen. Die vorgesehene Erhöhung um 1.500 Euro wird gestrichen.			
Abstimmungsergebnis: Zustimmung (mehrheitlich)			
Fraktion/Ratsmitglied	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
CDU	16		
SPD		13	
Die GRÜNEN		7	
FDP	4		
BfB/Die Linke	1	1	
Heimat Neumünster	3		
Bürgerfraktion	3		
AfD	3		
Ratsfrau Göking		1	
Ratsherr Schnittcher		1	
gesamt:	30	23	

Nr.	Fraktion	Bezeichnung	
E 7	SPD	Aufwendungen Schulsozialarbeit	
Antrag (siehe Anlage 3, Seite 17 zu 0308/2023/DS)			
Die geförderten zusätzlichen Stunden für die Schulsozialarbeit laufen am 31.12.2024 aus (0858/2018/DS). Die nicht mehr geförderten Wochenstunden werden dennoch in den Haushalt 2025 aufgenommen.			
Ratsherr Delfs bringt den Antrag ein und begründet diesen.			
Der Antrag wird intensiv und kontrovers diskutiert, insbesondere hinsichtlich dessen Notwendigkeit, auch mit Blick auf die Haushaltslage, sowie der kurz-, mittel- und langfristigen finanziellen Auswirkungen.			
Beschluss:			
Die geförderten zusätzlichen Stunden für die Schulsozialarbeit laufen am 31.12.2024 aus (0858/2018/DS). Die nicht mehr geförderten Wochenstunden werden dennoch in den Haushalt 2025 aufgenommen.			
Abstimmungsergebnis:			
Zustimmung (mehrheitlich)			
Fraktion/Ratsmitglied	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
CDU		16	
SPD	13		
Die GRÜNEN	7		
FDP	4		
BfB/Die Linke	2		
Heimat Neumünster		3	
Bürgerfraktion		3	
AfD	1	2	
Ratsfrau Göking	1		
Ratsherr Schnittcher	1		
gesamt:	29	24	

Ratsherr Gärtner bringt die in der Anlage 3a zur Vorlage 0308/2024/DS ausgewiesenen Anträge E8 bis E17 gebündelt ein und begründet diese.

Die Anträge E8 bis E17 werden intensiv und kontrovers diskutiert. Es wird angeregt diese Anträge im Rahmen der weiteren Haushaltssanierung näher zu bewerten, herzuleiten und zu diskutieren.

Ratsherr Gärtner zieht daraufhin die Anträge E8 bis E17 sowie die Anträge I3 bis I18 zurück.

Nr.	Fraktion	Maßnahme	Bezeichnung
I 1	CDU	2019	Klimapark

Antrag (siehe Anlage 3, Seite 13 zu 0308/2023/DS)

Das Projekt „Klimapark“ wird auf den Prüfstand gestellt. Die hier reservierten städtischen Mittel sind bis zu einer weiteren Entscheidung der Ratsversammlung zurückzuhalten.

Es liegt ein Fall des § 15 Abs. 9 GeschORV vor. Die Ratsversammlung hatte die Angelegenheit bereits in ihrer Sitzung am 14.11.2023 (0108/2023/DS) beraten und beschlossen. Daher weist Frau Stadtpräsidentin Schättiger darauf hin, dass zunächst zu beschließen sei, dass sich die Ratsversammlung erneut mit der Angelegenheit befassen möchte.

Beschluss:

Die Ratsversammlung wird sich erneut mit der Angelegenheit befassen.

Abstimmungsergebnis (erneute Befassung):

Zustimmung (mehrheitlich)

Fraktion/Ratsmitglied	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
CDU	16		
SPD		13	
Die GRÜNEN		7	
FDP	4		
BfB/Die Linke	2		
Heimat Neumünster	3		
Bürgerfraktion	3		
AfD	3		
Ratsfrau Göking		1	
Ratsherr Schnittcher	1		
gesamt:	32	21	

Frau Stadtbaurätin Kling erläutert, dass sich der Antrag nach Auffassung der Verwaltung ausschließlich auf die Verpflichtungsermächtigungen beziehe. Bevor der Baubeschluss gefasst werde, dürfe die Verwaltung die Mittel grundsätzlich nicht verwenden.

Ratsherr Rüstemeier bringt den Antrag ein und begründet diesen. Die Auffassung der Verwaltung sei richtig. Der Antrag beziehe sich auf die Verpflichtungsermächtigungen.

Ratsherr Matthiesen wendet ein, dass der Antrag keine Veränderung zum geplanten Verfahren mit sich bringe, da ohne den Baubeschluss keine Verwendung der Mittel möglich sei.

Beschluss:

Das Projekt „Klimapark“ [Maßnahme 2019] wird auf den Prüfstand gestellt. Die hier reservierten städtischen Mittel sind bis zu einer weiteren Entscheidung der Ratsversammlung zurückzuhalten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung (mehrheitlich)

Fraktion/Ratsmitglied	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
CDU	16		
SPD		13	
Die GRÜNEN		7	
FDP	4		
BfB/Die Linke	2		
Heimat Neumünster	3		
Bürgerfraktion	3		
AfD	3		
Ratsfrau Göking		1	
Ratsherr Schnittcher	1		
gesamt:	32	21	

Nr.	Fraktion	Maßnahme	Bezeichnung
I 2.1	SPD	8402	Zuschuss TSE Neubau Vereinsheim
I 2.2		840501	Modernisierung/Neubau Sportstätten
I 2.3		840502	Ausstattung für Gemeinschaftsräume
I 2.4		840503	Umstellung Schließsysteme

Antrag (siehe Anlage 3, Seite 16 zu 0308/2023/DS)

1. Veränderung des Ansatzes der Maßnahme 8402 auf 680.000 €.
 - Die Mittel werden gesperrt. Die Freigabe kann durch den Ausschuss für Schule und Sport erfolgen, wenn spätestens 3 Monate nach Genehmigung des städtischen Haushalts mindestens folgende Regelungen getroffen wurden:
 - Sicherstellung der Gesamtfinanzierung der geplanten Maßnahme (incl. 3-Feld-Mehrzweckraum mit ca. 900 qm) durch den Verein
 - Verbindliche Regelung der zeitlich angemessenen Mitnutzung des Mehrzweckraumes durch Schulen, Kitas usw. incl. Regelung der laufenden Kosten (Reinigung, Energiekosten usw.)
 - Zügiger Zeitplan der Baumaßnahme
 Sofern die Mittel nicht zeitgerecht freigegeben werden, wird die Ratsversammlung nach vorheriger Beteiligung der zuständigen Ausschüsse über die weitere Verwendung der Haushaltsmittel entscheiden.
2. Veränderung des Ansatzes der Maßnahme 840501 auf 145.000 €.
 - Der Ansatz ist zweckgebunden für die Mitfinanzierung eines Kunstrasenplatzes und daher gesperrt. Bei Bedarf soll der Ansatz übertragen werden. Die Freigabe erfolgt durch die Ratsversammlung nach vorheriger Beteiligung der betroffenen Ausschüsse. Der Ausschuss für Schule und Sport ist dabei federführend.
3. Die Ansätze der Maßnahmen 840502 und 840503 werden gestrichen.

Ratsherr Delfs bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Der Antrag wird diskutiert.

Ratsfrau Diehlmann regt an, die im Antrag genannte Frist von 3 Monaten zu verlängern. Ratsherr Delfs berichtet daraufhin, dass der Vorsitzende des Vereins davon Kenntnis habe und mit der Frist einverstanden sei. Auf Nachfrage von Frau Stadtpräsidentin Schättiger bestätigt Ratsherr Delfs, dass diese Frist nicht verbindlich festgelegt sei.

Beschluss:

1. Veränderung des Ansatzes der Maßnahme 8402 auf 680.000 €.
 - Die Mittel werden gesperrt. Die Freigabe kann durch den Ausschuss für Schule und Sport erfolgen, wenn spätestens 3 Monate nach Genehmigung des städtischen Haushalts mindestens folgende Regelungen getroffen wurden:
 - Sicherstellung der Gesamtfinanzierung der geplanten Maßnahme (incl. 3-Feld-Mehrzweckraum mit ca. 900 qm) durch den Verein
 - Verbindliche Regelung der zeitlich angemessenen Mitnutzung des Mehrzweckraumes durch Schulen, Kitas usw. incl. Regelung der laufenden Kosten (Reinigung, Energiekosten usw.)
 - Zügiger Zeitplan der BaumaßnahmeSofern die Mittel nicht zeitgerecht freigegeben werden, wird die Ratsversammlung nach vorheriger Beteiligung der zuständigen Ausschüsse über die weitere Verwendung der Haushaltsmittel entscheiden.
2. Veränderung des Ansatzes der Maßnahme 840501 auf 145.000 €.
 - Der Ansatz ist zweckgebunden für die Mitfinanzierung eines Kunstrasenplatzes und daher gesperrt. Bei Bedarf soll der Ansatz übertragen werden. Die Freigabe erfolgt durch die Ratsversammlung nach vorheriger Beteiligung der betroffenen Ausschüsse. Der Ausschuss für Schule und Sport ist dabei federführend.
3. Die Ansätze der Maßnahmen 840502 und 840503 werden gestrichen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung (einstimmig)

Fraktion/Ratsmitglied	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
CDU	16		
SPD	13		
Die GRÜNEN	7		
FDP	4		
BfB/Die Linke	2		
Heimat Neumünster	3		
Bürgerfraktion	3		
AfD	3		
Ratsfrau Göking			1
Ratsherr Schnittcher	1		
gesamt:	52		1

Nr.	Fraktion	Bezeichnung	
B 1	Bürgerfraktion	Defizitbegrenzung	
Antrag (siehe Anlage 3, Seite 8 zu 0308/2023/DS)			
<p>Der Ergebnishaushalt für das Jahr 2025 wird auf ein höchstzulässiges Defizit von 14 Millionen Euro gedeckelt. Die Verwaltung hat unabhängig von der Höhe der beschlossenen Einzelpositionen des Haushaltsplans Minderausgaben in dem Umfang zu erwirtschaften, dass dieses maximal zulässige Defizit nicht überschritten wird. Sofern dazu aus Sicht der Verwaltung im Einzelfall Entscheidungen der Ratsversammlung erforderlich sind, sind diese zur Beschlussfassung vorzulegen.</p>			
<p>Ratsherr Joost bringt den Antrag ein und begründet diesen.</p>			
<p>Ratsfrau Broy wendet ein, dass es Aufgabe der Ratsversammlung sei sich an der inhaltlichen Gestaltung des Haushaltes zu beteiligen.</p>			
<p>Beschluss:</p>			
<p>[Ablehnung]</p>			
<p>Der Ergebnishaushalt für das Jahr 2025 wird auf ein höchstzulässiges Defizit von 14 Millionen Euro gedeckelt. Die Verwaltung hat unabhängig von der Höhe der beschlossenen Einzelpositionen des Haushaltsplans Minderausgaben in dem Umfang zu erwirtschaften, dass dieses maximal zulässige Defizit nicht überschritten wird. Sofern dazu aus Sicht der Verwaltung im Einzelfall Entscheidungen der Ratsversammlung erforderlich sind, sind diese zur Beschlussfassung vorzulegen.</p>			
<p>Abstimmungsergebnis:</p>			
<p>Ablehnung (mehrheitlich)</p>			
Fraktion/Ratsmitglied	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
CDU		16	
SPD		13	
Die GRÜNEN		7	
FDP		4	
BfB/Die Linke		2	
Heimat Neumünster		3	
Bürgerfraktion	3		
AfD		2	1
Ratsfrau Göking		1	
Ratsherr Schnittcher			1
gesamt:	3	48	2

Nr.	Fraktion	Bezeichnung	
B 2	Bürgerfraktion	Begrenzung der Verschuldung	
Antrag (siehe Anlage 3, Seite 8 zu 0308/2023/DS)			
Die Summe der Kredite (Verschuldung) der Stadt darf das Eigenkapital zu keinem Zeitpunkt übersteigen.			
Ratsherr Joost bringt den Antrag ein und begründet diesen. Ratsherr Joost ändert den Antrag dahingehend ab, dass das Wort „darf“ zu „soll“ geändert wird.			
Der Antrag wird kontrovers diskutiert, insbesondere hinsichtlich der Umsetzbarkeit.			
Beschluss:			
Die Summe der Kredite (Verschuldung) der Stadt soll das Eigenkapital zu keinem Zeitpunkt übersteigen.			
Abstimmungsergebnis:			
Zustimmung (mehrheitlich)			
Fraktion/Ratsmitglied	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
CDU	16		
SPD		13	
Die GRÜNEN		7	
FDP	4		
BfB/Die Linke	1	1	
Heimat Neumünster	3		
Bürgerfraktion	3		
AfD	3		
Ratsfrau Göking		1	
Ratsherr Schnittcher	1		
gesamt:	31	22	

Nr.	Fraktion	Bezeichnung
B 3	Bürgerfraktion	Vertragliche Regelungen zur Kürzung von Zuwendungen
Antrag (siehe Anlage 3, Seite 8 zu 0308/2023/DS)		
<p>Alle Verträge der Stadt mit Dritten über Zuwendungen sind zukünftig mit einer Klausel zu versehen, die im Falle von Haushaltsdefiziten eine Kürzung zulässt. Dies gilt für freiwillige Leistungen ebenso wie für dem Grunde, nicht aber der Höhe nach, pflichtige Leistungen und umfasst alle neuen Verträge sowie nach Auslaufen bestehender Verträge deren eventuelle Verlängerung bzw. Anschlussverträge. Bei Verträgen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr sind – soweit rechtlich möglich – Änderungskündigungen vorzunehmen.</p>		
<p>Ratsherr Joost bringt den Antrag ein und begründet diesen.</p> <p>Der Antrag wird kontrovers diskutiert, insbesondere hinsichtlich der finanziellen und rechtlichen Auswirkungen.</p> <p>Ratsherr Joost zieht den Antrag zurück.</p>		

Nr.	Fraktion	Bezeichnung																																																	
B 4	Bürgerfraktion	Beschaffungen ausschließlich nach wirtschaftlichen Kriterien																																																	
Antrag (siehe Anlage 3, Seite 9 zu 0308/2023/DS)																																																			
<p>Beschaffungen der Stadt Neumünster dürfen ausschließlich nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten erfolgen. Bei Beschaffungen ebenso wie bei Baumaßnahmen ist ausschließlich der gesetzlich vorgeschriebene Mindeststandard zu Grunde zu legen. Fahrzeuge mit alternativen Antriebsquellen (z.B. Wasserstoff bzw. Elektrofahrzeuge) dürfen nur dann beschafft werden, wenn die Total Cost of Ownership über den prognostizierten Lebenszyklus nachweisbar geringer ist als bei konventionell mit Verbrennungsmotor betriebenen Fahrzeugen.</p>																																																			
<p>Beschluss: Beschaffungen der Stadt Neumünster dürfen ausschließlich nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten erfolgen. Bei Beschaffungen ebenso wie bei Baumaßnahmen ist ausschließlich der gesetzlich vorgeschriebene Mindeststandard zu Grunde zu legen. Fahrzeuge mit alternativen Antriebsquellen (z.B. Wasserstoff bzw. Elektrofahrzeuge) dürfen nur dann beschafft werden, wenn die Total Cost of Ownership über den prognostizierten Lebenszyklus nachweisbar geringer ist als bei konventionell mit Verbrennungsmotor betriebenen Fahrzeugen.</p>																																																			
<p>Abstimmungsergebnis: Zustimmung (mehrheitlich)</p>																																																			
<table border="1"> <thead> <tr> <th>Fraktion/Ratsmitglied</th> <th>Ja-Stimmen</th> <th>Nein-Stimmen</th> <th>Enthaltungen</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>CDU</td> <td>16</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td></td> <td>13</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Die GRÜNEN</td> <td></td> <td>7</td> <td></td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>4</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>BfB/Die Linke</td> <td>1</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Heimat Neumünster</td> <td>2</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Bürgerfraktion</td> <td>3</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>2</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Ratsfrau Göking</td> <td></td> <td>1</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Ratsherr Schnittcher</td> <td>1</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>gesamt:</td> <td>29</td> <td>21</td> <td></td> </tr> </tbody> </table>				Fraktion/Ratsmitglied	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen	CDU	16			SPD		13		Die GRÜNEN		7		FDP	4			BfB/Die Linke	1			Heimat Neumünster	2			Bürgerfraktion	3			AfD	2			Ratsfrau Göking		1		Ratsherr Schnittcher	1			gesamt:	29	21	
Fraktion/Ratsmitglied	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen																																																
CDU	16																																																		
SPD		13																																																	
Die GRÜNEN		7																																																	
FDP	4																																																		
BfB/Die Linke	1																																																		
Heimat Neumünster	2																																																		
Bürgerfraktion	3																																																		
AfD	2																																																		
Ratsfrau Göking		1																																																	
Ratsherr Schnittcher	1																																																		
gesamt:	29	21																																																	

Nr.	Fraktion	Bezeichnung	
B 5	Bürgerfraktion	Task Force Haushaltssanierung	
Antrag (siehe Anlage 3, Seite 9 zu 0308/2023/DS)			
<p>Zur grundlegenden Sanierung der städtischen Finanzen wird eine Arbeitsgruppe („Task Force“) unter Leitung des Vorsitzenden des Finanz- und Vergabeausschusses gebildet, der neben dem Verwaltungsvorstand je ein Mitglied jeder Fraktion sowie dessen ständiger Vertreter gehören. Ziel ist es, gemeinsam Vorschläge zu erarbeiten, wie die notwendigen strukturellen Verbesserungen herbeigeführt werden können, um zukünftige Haushalte ohne Defizite und Überschuldung zu gestalten.</p>			
<p>Ratsherr Joost zieht den Antrag zurück, da sich die Ratsfraktionen von CDU, Grüne, FDP, BfB/Die Linke und Bürgerfraktion auf die Bildung einer entsprechenden Arbeitsgruppe geeinigt hätten. Auf eine Beteiligung der SPD werde noch gehofft.</p>			

Nr.	Fraktion	Bezeichnung
B 6	Bürgerfraktion	Steigerung von Effizienz und Produktivität

Antrag (siehe Anlage 3, Seite 9 zu 0308/2023/DS)

Nach Jahren des Personalaufbaus ist die Stadt gefordert, ihre Aufgaben zukünftig durch Effizienz- und Produktivitätssteigerungen mit weniger Personal zu erledigen. Schlüsselfaktoren sind Ablaufoptimierungen, Digitalisierung und der Einsatz künstlicher Intelligenz. Die Verwaltung ist gehalten, der Ratsversammlung spätestens mit Vorlage des Haushaltsentwurfes 2026 ein entsprechendes Konzept zur Verfügung zu stellen. Unabhängig von der finanziellen Notwendigkeit zum Abbau struktureller Defizite erfordert auch die Prognose, dass innerhalb der nächsten zehn Jahre 30 Prozent der städtischen Beschäftigten altersbedingt ausscheiden und voraussichtlich nicht in gleicher Zahl ersetzt werden können, ein solches Konzept und dessen Realisierung.

Beschluss:

Nach Jahren des Personalaufbaus ist die Stadt gefordert, ihre Aufgaben zukünftig durch Effizienz- und Produktivitätssteigerungen mit weniger Personal zu erledigen. Schlüsselfaktoren sind Ablaufoptimierungen, Digitalisierung und der Einsatz künstlicher Intelligenz. Die Verwaltung ist gehalten, der Ratsversammlung spätestens mit Vorlage des Haushaltsentwurfes 2026 ein entsprechendes Konzept zur Verfügung zu stellen. Unabhängig von der finanziellen Notwendigkeit zum Abbau struktureller Defizite erfordert auch die Prognose, dass innerhalb der nächsten zehn Jahre 30 Prozent der städtischen Beschäftigten altersbedingt ausscheiden und voraussichtlich nicht in gleicher Zahl ersetzt werden können, ein solches Konzept und dessen Realisierung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung (mehrheitlich)

Fraktion/Ratsmitglied	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
CDU	16		
SPD		13	
Die GRÜNEN		7	
FDP	4		
BfB/Die Linke	1	1	
Heimat Neumünster	3		
Bürgerfraktion	3		
AfD	2		
Ratsfrau Göking		1	
Ratsherr Schnittcher	1		
gesamt:	30	22	

Nr.	Fraktion	Bezeichnung	
B 7	SPD	Fehlende Einnahmen bei Erweiterung von Klassen an der Klaus-Groth-Schule und AvHS	
Antrag - Neufassung (die Neufassung des Antrags ist im Ratsinformationssystem bei TOP 12 hinterlegt)			
<p>Die Verwaltung wird beauftragt, alle notwendigen Schritte einzuleiten, um eine Beteiligung des Landes an den Kosten der durch die Umstellung von G8 auf G9 notwendigen Raumerweiterungen an der Klaus-Groth-Schule und Alexander-von-Humboldt-Schule zu erreichen und somit Einnahmepositionen für diese Maßnahmen zu erzielen. Der Finanz- und Vergabeausschuss (federführend) und der Schul- und Sportausschuss ist über die getroffenen Maßnahmen und den Stand der Dinge zu informieren.</p>			
<p>Ratsherr Delfs bringt den Antrag in Form der Neufassung ein und begründet diesen.</p>			
<p>Beschluss:</p>			
<p>Die Verwaltung wird beauftragt, alle notwendigen Schritte einzuleiten, um eine Beteiligung des Landes an den Kosten der durch die Umstellung von G8 auf G9 notwendigen Raumerweiterungen an der Klaus-Groth-Schule und Alexander-von-Humboldt-Schule zu erreichen und somit Einnahmepositionen für diese Maßnahmen zu erzielen. Der Finanz- und Vergabeausschuss (federführend) und der Schul- und Sportausschuss ist über die getroffenen Maßnahmen und den Stand der Dinge zu informieren.</p>			
<p>Abstimmungsergebnis:</p>			
<p>Zustimmung (einstimmig)</p>			
Fraktion/Ratsmitglied	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
CDU	16		
SPD	13		
Die GRÜNEN	7		
FDP	4		
BfB/Die Linke	2		
Heimat Neumünster	3		
Bürgerfraktion	3		
AfD	3		
Ratsfrau Göking	1		
Ratsherr Schnittcher	1		
gesamt:	53		

Nr.	Fraktion	Bezeichnung																																																	
B 8	SPD	Reduzierung der Einnahmen Schulkostenbeiträge																																																	
Antrag - Neufassung (siehe Anlage 3, Seite 11 zu 0308/2023/DS)																																																			
<p>Die Ratsversammlung der Stadt Neumünster bemängelt den durch die Landesregierung beschlossenen Fortfall der Pauschalregelung bei der Erstattung der Schulkostenbeiträge. Dadurch hat die Stadt Neumünster als Schulträger im folgenden Haushaltsjahr Mindereinnahmen von ca. 400.000 Euro, die zu Lasten des Schulstandortes gehen. Die Verwaltung wird aufgefordert alle notwendigen Gespräche und Verhandlungen zu führen, um diesem Einnahmeausfall rückgängig zu machen bzw. zu kompensieren. Der Finanz- und Vergabeausschuss ist über die bisherige Beteiligung der Stadt, sowie die folgenden getroffenen Maßnahmen und den Stand der Dinge zu informieren.</p>																																																			
<p>Beschluss: Die Ratsversammlung der Stadt Neumünster bemängelt den durch die Landesregierung beschlossenen Fortfall der Pauschalregelung bei der Erstattung der Schulkostenbeiträge. Dadurch hat die Stadt Neumünster als Schulträger im folgenden Haushaltsjahr Mindereinnahmen von ca. 400.000 Euro, die zu Lasten des Schulstandortes gehen. Die Verwaltung wird aufgefordert alle notwendigen Gespräche und Verhandlungen zu führen, um diesem Einnahmeausfall rückgängig zu machen bzw. zu kompensieren. Der Finanz- und Vergabeausschuss ist über die bisherige Beteiligung der Stadt, sowie die folgenden getroffenen Maßnahmen und den Stand der Dinge zu informieren.</p>																																																			
<p>Abstimmungsergebnis: Zustimmung (einstimmig)</p>																																																			
<table border="1"> <thead> <tr> <th>Fraktion/Ratsmitglied</th> <th>Ja-Stimmen</th> <th>Nein-Stimmen</th> <th>Enthaltungen</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>CDU</td> <td>16</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>13</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Die GRÜNEN</td> <td>7</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>4</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>BfB/Die Linke</td> <td>2</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Heimat Neumünster</td> <td>3</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Bürgerfraktion</td> <td>3</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>3</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Ratsfrau Göking</td> <td>1</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Ratsherr Schnittcher</td> <td>1</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>gesamt:</td> <td>53</td> <td></td> <td></td> </tr> </tbody> </table>				Fraktion/Ratsmitglied	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen	CDU	16			SPD	13			Die GRÜNEN	7			FDP	4			BfB/Die Linke	2			Heimat Neumünster	3			Bürgerfraktion	3			AfD	3			Ratsfrau Göking	1			Ratsherr Schnittcher	1			gesamt:	53		
Fraktion/Ratsmitglied	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen																																																
CDU	16																																																		
SPD	13																																																		
Die GRÜNEN	7																																																		
FDP	4																																																		
BfB/Die Linke	2																																																		
Heimat Neumünster	3																																																		
Bürgerfraktion	3																																																		
AfD	3																																																		
Ratsfrau Göking	1																																																		
Ratsherr Schnittcher	1																																																		
gesamt:	53																																																		

Nr.	Fraktion	Bezeichnung	
B 9	CDU	Fahrzeugbeschaffung	
Antrag (siehe Anlage 3, Seite 13 zu 0308/2023/DS)			
<p>Die Fahrzeugbeschaffung wird auf Niederstkostenniveau gebracht. Ausgenommen davon sind Feuerwehren und Rettungsfahrzeuge.</p>			
<p>Ratsherr Rüstemeier zieht den Antrag zurück, da sich dieser durch die Beschlussfassung zu B4 erledigt habe.</p>			

Nr.	Fraktion	Bezeichnung
B 10	CDU	Stadtmarke

Antrag (siehe Anlage 3, Seite 13 zu 0308/2023/DS)

Die Einführung einer neuen Stadtmarke wird gestoppt. Es dürfen keine weiteren Aufwendungen für Entwicklung oder Einführung einer neuen Marke mehr entstehen.

Es liegt ein Fall des § 15 Abs. 9 GeschORV vor. Die Ratsversammlung hatte die Angelegenheit bereits in ihrer Sitzung am 16.07.2024 im Rahmen eines Antrages der Heimat Neumünster (0120/2023/An) beraten und beschlossen.

Daher weist Frau Stadtpräsidentin Schättiger darauf hin, dass zunächst zu beschließen sei, dass sich die Ratsversammlung erneut mit der Angelegenheit befassen möchte.

Beschluss:

Die Ratsversammlung wird sich erneut mit der Angelegenheit befassen.

Abstimmungsergebnis (erneute Befassung):

Zustimmung (mehrheitlich)

Fraktion/Ratsmitglied	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
CDU	16		
SPD			13
Die GRÜNEN		7	
FDP	4		
BfB/Die Linke	2		
Heimat Neumünster	3		
Bürgerfraktion	3		
AfD	3		
Ratsfrau Göking		1	
Ratsherr Schnittcher		1	
gesamt:	31	9	13

Ratsherr Rüstemeier bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Der Antrag wird intensiv diskutiert, insbesondere hinsichtlich des Bedarfes, der Zustimmung in der Bevölkerung, der finanziellen Auswirkungen sowie möglicher Alternativen.

Beschluss:

Die Einführung einer neuen Stadtmarke wird gestoppt. Es dürfen keine weiteren Aufwendungen für Entwicklung oder Einführung einer neuen Marke mehr entstehen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung (mehrheitlich)

Fraktion/Ratsmitglied	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
CDU	16		
SPD			13
Die GRÜNEN			7
FDP	4		
BfB/Die Linke	2		
Heimat Neumünster	3		
Bürgerfraktion	3		
AfD	3		
Ratsfrau Göking			
Ratsherr Schnittcher		1	
gesamt:	31	1	20

Die Sitzung wird um 16:34 Uhr für eine Pause unterbrochen und um 16:57 Uhr fortgesetzt.

Nr.	Fraktion	Bezeichnung
B 11	CDU	Hochbaumaßnahmen
Antrag (siehe Anlage 3, Seite 13 zu 0308/2023/DS)		
Die Verwaltung wird aufgefordert, bei Hochbaumaßnahmen vorrangig die Möglichkeiten der Modulbauweise und der Generalunternehmerschaft auszunutzen, um Personalressourcen optimal einsetzen zu können sowie um Finanzmitteleinsatz zu reduzieren und klar in Höhe und Abfluss zu definieren.		
Frau Stadtbaurätin Kling erläutert die rechtlichen Vergabegrundlagen und mögliche finanzielle Auswirkungen.		
Ratsherr Dr. Kandzora bringt einen Änderungsantrag ein. Demnach soll der Beschluss wie folgt geändert werden: <i>„Die Verwaltung wird aufgefordert, Hochbaumaßnahmen nach Möglichkeit in serieller Bauweise ausführen zu lassen, sofern dies im Rahmen der Mittelstandsförderung zu Gunsten ortsnaher Unternehmen möglich ist.“</i> Der Änderungsantrag ist im Ratsinformationssystem bei TOP 12 hinterlegt.		
Ratsherr Rüstemeier erklärt den Änderungsantrag von der SPD zu übernehmen, bringt die Angelegenheit ein und begründet diese.		
Beschluss: Die Verwaltung wird aufgefordert, Hochbaumaßnahmen nach Möglichkeit in serieller Bauweise ausführen zu lassen, sofern dies im Rahmen der Mittelstandsförderung zu Gunsten ortsnaher Unternehmen möglich ist.		

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung (einstimmig)

Fraktion/Ratsmitglied	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
CDU	16		
SPD	13		
Die GRÜNEN	7		
FDP	4		
BfB/Die Linke	2		
Heimat Neumünster	3		
Bürgerfraktion	3		
AfD	3		
Ratsfrau Göking			1
Ratsherr Schnittcher	1		
gesamt:	52		1

Nr.	Fraktion	Bezeichnung	
B 12	CDU	Photovoltaikflächen im Stadtgebiet	
Antrag (siehe Anlage 3, Seite 13 zu 0308/2023/DS)			
Mit der zügigen Bereitstellung von Photovoltaikflächen im Stadtgebiet sollen mittelfristig zusätzliche Steuereinnahmen generiert werden.			
Frau Stadtbaurätin Kling erläutert, dass die Stadt über keine geeigneten Grundstücke verfüge. Es sei eine Fläche im südlichen Teil der Stadt identifiziert worden, welche sich jedoch in privater Eigentümerschaft befinde. Zudem würde ein B-Plan dafür benötigt werden.			
Beschluss:			
[Ablehnung]			
Mit der zügigen Bereitstellung von Photovoltaikflächen im Stadtgebiet sollen mittelfristig zusätzliche Steuereinnahmen generiert werden.			
Abstimmungsergebnis:			
Ablehnung (mehrheitlich)			
Fraktion/Ratsmitglied	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
CDU	16		
SPD		13	
Die GRÜNEN		7	
FDP	4		
BfB/Die Linke			2
Heimat Neumünster			3
Bürgerfraktion	3		
AfD		1	2
Ratsfrau Göking		1	
Ratsherr Schnittcher		1	
gesamt:	23	23	7

Nr.	Fraktion	Bezeichnung	
B 13	CDU	Freiwillige Leistungen durch die Dr.-Hans-Hoch-Stiftung	
Antrag (siehe Anlage 3, Seite 14 zu 0308/2023/DS)			
Die Verwaltung wird beauftragt, eine Übersicht zu erstellen, welche freiwilligen Leistungen bis zu einem Maximalbetrag von 50.000 Euro im Jahr 2026 – und gegebenenfalls 2027 – durch die Dr. Hans-Hoch- Stiftung übernommen werden können.			
Ratsherr Rüstemeier bringt den Antrag ein und begründet diesen. Ratsherr Rüstemeier ändert den Antrag dahingehend ab, dass das Wort „können“ zu „könnten“ geändert wird.			
Beschluss:			
Die Verwaltung wird beauftragt, eine Übersicht zu erstellen, welche freiwilligen Leistungen bis zu einem Maximalbetrag von 50.000 Euro im Jahr 2026 – und gegebenenfalls 2027 – durch die Dr. Hans-Hoch- Stiftung übernommen werden könnten.			
Abstimmungsergebnis:			
Zustimmung (mehrheitlich)			
Fraktion/Ratsmitglied	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
CDU	16		
SPD	13		
Die GRÜNEN	7		
FDP	4		
BfB/Die Linke	2		
Heimat Neumünster	3		
Bürgerfraktion	3		
AfD	3		
Ratsfrau Göking		1	
Ratsherr Schnittcher	1		
gesamt:	52	1	

Nr.	Fraktion	Bezeichnung	
B 14	Grüne	Entwicklung der Fall- und Finanzzahlen	
Antrag (siehe Anlage 3, Seite 18 zu 0308/2023/DS)			
Über die Entwicklung der Fall- und Finanzzahlen aus den Teilbudgets der Sozialen Hilfen und der Familien- und Jugendhilfe erfolgt im Ausschuss für Soziales und Gesundheit bzw. im Jugendhilfeausschuss eine jährliche Berichterstattung.			
Ratsherr Voigt bringt den Antrag ein und begründet diesen.			
Der Antrag wird kontrovers diskutiert, insbesondere hinsichtlich der bürokratischen Auswirkungen.			
Beschluss:			
Über die Entwicklung der Fall- und Finanzzahlen aus den Teilbudgets der Sozialen Hilfen und der Familien- und Jugendhilfe erfolgt im Ausschuss für Soziales und Gesundheit bzw. im Jugendhilfeausschuss eine jährliche Berichterstattung.			
Abstimmungsergebnis:			
Zustimmung (einstimmig)			
Fraktion/Ratsmitglied	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
CDU	16		
SPD			13
Die GRÜNEN	7		
FDP	4		
BfB/Die Linke	2		
Heimat Neumünster			3
Bürgerfraktion	3		
AfD	2		1
Ratsfrau Göking	1		
Ratsherr Schnittcher	1		
gesamt:	36		17

Nr.	Fraktion	Bezeichnung																																																	
B 15	Grüne	Klimaanpassungsstrategie																																																	
Antrag (siehe Anlage 3, Seite 19 zu 0308/2023/DS)																																																			
<p>Die Verwaltung wird beauftragt, für alle Maßnahmen aus der Klimaanpassungsstrategie (KAS) eine konkrete zeitliche Priorisierung für bis 2035 umzusetzende Maßnahmen sowie eine grundsätzliche Kostenschätzung pro Maßnahme transparent darzulegen, die jährlich anzupassen und im Ausschuss für Bauen, Stadtplanung und Umwelt vorzulegen ist. Bei unterjährig freiwerdenden Mitteln durch Verschiebung / Verzögerung anderer geplanter Maßnahmen innerhalb des Fachdienstbudgets soll ein Einsatz der Budgetmittel gemäß dieser Priorisierung erfolgen.</p>																																																			
<p>Ratsfrau Broy bringt den Antrag ein und begründet diesen.</p>																																																			
<p>Der Antrag wird kontrovers hinsichtlich der Umsetzbarkeit diskutiert.</p>																																																			
<p>Beschluss:</p>																																																			
<p>[Ablehnung]</p>																																																			
<p>Die Verwaltung wird beauftragt, für alle Maßnahmen aus der Klimaanpassungsstrategie (KAS) eine konkrete zeitliche Priorisierung für bis 2035 umzusetzende Maßnahmen sowie eine grundsätzliche Kostenschätzung pro Maßnahme transparent darzulegen, die jährlich anzupassen und im Ausschuss für Bauen, Stadtplanung und Umwelt vorzulegen ist. Bei unterjährig freiwerdenden Mitteln durch Verschiebung / Verzögerung anderer geplanter Maßnahmen innerhalb des Fachdienstbudgets soll ein Einsatz der Budgetmittel gemäß dieser Priorisierung erfolgen.</p>																																																			
<p>Abstimmungsergebnis:</p>																																																			
<p>Ablehnung (mehrheitlich)</p>																																																			
<table border="1"> <thead> <tr> <th data-bbox="186 1193 518 1227">Fraktion/Ratsmitglied</th> <th data-bbox="518 1193 708 1227">Ja-Stimmen</th> <th data-bbox="708 1193 935 1227">Nein-Stimmen</th> <th data-bbox="935 1193 1145 1227">Enthaltungen</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td data-bbox="186 1227 518 1261">CDU</td> <td data-bbox="518 1227 708 1261"></td> <td data-bbox="708 1227 935 1261">16</td> <td data-bbox="935 1227 1145 1261"></td> </tr> <tr> <td data-bbox="186 1261 518 1294">SPD</td> <td data-bbox="518 1261 708 1294"></td> <td data-bbox="708 1261 935 1294"></td> <td data-bbox="935 1261 1145 1294">13</td> </tr> <tr> <td data-bbox="186 1294 518 1328">Die GRÜNEN</td> <td data-bbox="518 1294 708 1328">7</td> <td data-bbox="708 1294 935 1328"></td> <td data-bbox="935 1294 1145 1328"></td> </tr> <tr> <td data-bbox="186 1328 518 1361">FDP</td> <td data-bbox="518 1328 708 1361"></td> <td data-bbox="708 1328 935 1361">4</td> <td data-bbox="935 1328 1145 1361"></td> </tr> <tr> <td data-bbox="186 1361 518 1395">BfB/Die Linke</td> <td data-bbox="518 1361 708 1395"></td> <td data-bbox="708 1361 935 1395">2</td> <td data-bbox="935 1361 1145 1395"></td> </tr> <tr> <td data-bbox="186 1395 518 1429">Heimat Neumünster</td> <td data-bbox="518 1395 708 1429"></td> <td data-bbox="708 1395 935 1429">3</td> <td data-bbox="935 1395 1145 1429"></td> </tr> <tr> <td data-bbox="186 1429 518 1462">Bürgerfraktion</td> <td data-bbox="518 1429 708 1462"></td> <td data-bbox="708 1429 935 1462">3</td> <td data-bbox="935 1429 1145 1462"></td> </tr> <tr> <td data-bbox="186 1462 518 1496">AfD</td> <td data-bbox="518 1462 708 1496"></td> <td data-bbox="708 1462 935 1496">3</td> <td data-bbox="935 1462 1145 1496"></td> </tr> <tr> <td data-bbox="186 1496 518 1529">Ratsfrau Göking</td> <td data-bbox="518 1496 708 1529"></td> <td data-bbox="708 1496 935 1529"></td> <td data-bbox="935 1496 1145 1529">1</td> </tr> <tr> <td data-bbox="186 1529 518 1563">Ratsherr Schnittcher</td> <td data-bbox="518 1529 708 1563"></td> <td data-bbox="708 1529 935 1563"></td> <td data-bbox="935 1529 1145 1563">1</td> </tr> <tr> <td data-bbox="186 1563 518 1597">gesamt:</td> <td data-bbox="518 1563 708 1597">7</td> <td data-bbox="708 1563 935 1597">31</td> <td data-bbox="935 1563 1145 1597">15</td> </tr> </tbody> </table>	Fraktion/Ratsmitglied	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen	CDU		16		SPD			13	Die GRÜNEN	7			FDP		4		BfB/Die Linke		2		Heimat Neumünster		3		Bürgerfraktion		3		AfD		3		Ratsfrau Göking			1	Ratsherr Schnittcher			1	gesamt:	7	31	15	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
Fraktion/Ratsmitglied	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen																																																
CDU		16																																																	
SPD			13																																																
Die GRÜNEN	7																																																		
FDP		4																																																	
BfB/Die Linke		2																																																	
Heimat Neumünster		3																																																	
Bürgerfraktion		3																																																	
AfD		3																																																	
Ratsfrau Göking			1																																																
Ratsherr Schnittcher			1																																																
gesamt:	7	31	15																																																
CDU		16																																																	
SPD			13																																																
Die GRÜNEN	7																																																		
FDP		4																																																	
BfB/Die Linke		2																																																	
Heimat Neumünster		3																																																	
Bürgerfraktion		3																																																	
AfD		3																																																	
Ratsfrau Göking			1																																																
Ratsherr Schnittcher			1																																																
gesamt:	7	31	15																																																

Nr.	Fraktion	Bezeichnung
B 16	Grüne	Beauftragung von Gutachten

Antrag (siehe Anlage 3, Seite 20 zu 0308/2023/DS)

Die Verwaltung wird künftig bei der Beauftragung von Gutachtern unabhängig von der erwarteten Auftragshöhe und dem Beratungsgegenstand bevorzugt eine Angebotsanfrage an die PD – Berater der öffentlichen Hand richten. Bei der Beauftragung ist hinsichtlich der mit der gewünschten Berater*innenqualifikation (und den damit verbundenen Stundensätzen) ein eher mittleres Niveau anzustreben.

Daneben sind jeweils mindestens zwei Vergleichsangebote einzuholen.

Sollte die Verwaltung nicht das preisgünstigste Angebot wählen wollen oder aus vergaberechtlichen Vorgaben können, erfolgt bei einem Auftragswert ab TEUR 10 eine Beschlussfassung im zuständigen Fachausschuss sowie im Ausschuss für Finanz- und Vergabeangelegenheiten.

Diese Regelung wird zu den Haushaltsberatungen 2027 (also Ende 2026) zur Überprüfung ausgewertet und ebenfalls im Ausschuss für Finanz- und Vergabeangelegenheiten vorgelegt.

Ratsfrau Broy bringt den Antrag ein und begründet diesen. Ratsfrau Broy beantragt die Überweisung der Angelegenheit in den Ausschuss für Finanz- und Vergabeangelegenheiten und den Hauptausschuss zur Vorberatung, sowie zur endgültigen Entscheidung in die Ratsversammlung.

Herr Oberbürgermeister Bergmann erläutert die mit dem Antrag einhergehenden vergaberechtlichen Schwierigkeiten.

Beschluss:

Die Angelegenheit wird zur Vorberatung in den Ausschuss für Finanz- und Vergabeangelegenheiten und den Hauptausschuss überwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung (mehrheitlich)

Fraktion/Ratsmitglied	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
CDU	15		1
SPD	13		
Die GRÜNEN	7		
FDP	4		
BfB/Die Linke	2		
Heimat Neumünster	3		
Bürgerfraktion	3		
AfD			3
Ratsfrau Göking			1
Ratsherr Schnittcher		1	
gesamt:	47	1	5

Beschluss (geänderte und ergänzte Fassung):

Die Haushaltssatzung sowie der Haushalts-/ Stellenplan 2025 mit Anlagen werden mit folgenden Änderungen und Begleitanträgen beschlossen:

1. Abweichend von der Drucksache wird kein Stellenaufwuchs für nicht gegenfinanzierte Stellen genehmigt. Die dargestellten Anforderungen sind durch Reorganisation innerhalb des Bestands abzudecken.
2. Es wird eine Anpassung der eingeplanten Tarife auf die aktuelle, abgesenkte Prognose vorgenommen.
3. Es wird eine pauschale Kürzung bei Geschäftsaufwendungen, Reisekosten und Fortbildungskosten um 20% vorgenommen.
4. Für das Haushaltsjahr 2025 ist ein Zuschuss in Höhe von 100.000 Euro zur Errichtung und zum Betrieb eines Medizinischen Versorgungszentrums (MVZ) vorgesehen. Dieser Betrag wird gestrichen und stattdessen für den Haushalt 2026 eingeplant.
5. Der Ansatz für Zuschüsse für freie Kultureinrichtungen und Projekte aus dem Jahr 2024 in Höhe von 9.000 Euro wird übernommen. Die vorgesehene Erhöhung um 1.500 Euro wird gestrichen.
6. Die geförderten zusätzlichen Stunden für die Schulsozialarbeit laufen am 31.12.2024 aus (0858/2018/DS). Die nicht mehr geförderten Wochenstunden werden dennoch in den Haushalt 2025 aufgenommen.
7. Das Projekt „Klimapark“ [Maßnahme 2019] wird auf den Prüfstand gestellt. Die hier reservierten städtischen Mittel sind bis zu einer weiteren Entscheidung der Ratsversammlung zurückzuhalten.
8. Veränderung des Ansatzes der Maßnahme 8402 auf 680.000 €.
 - Die Mittel werden gesperrt. Die Freigabe kann durch den Ausschuss für Schule und Sport erfolgen, wenn spätestens 3 Monate nach Genehmigung des städtischen Haushalts mindestens folgende Regelungen getroffen wurden:
 - Sicherstellung der Gesamtfinanzierung der geplanten Maßnahme (incl. 3-Feld Mehrzweckraum mit ca. 900 qm) durch den Verein
 - Verbindliche Regelung der zeitlich angemessenen Mitnutzung des Mehrzweckraumes durch Schulen, Kitas usw. incl. Regelung der laufenden Kosten (Reinigung, Energiekosten usw.)
 - Zügiger Zeitplan der BaumaßnahmeSofern die Mittel nicht zeitgerecht freigegeben werden, wird die Ratsversammlung nach vorheriger Beteiligung der zuständigen Ausschüsse über die weitere Verwendung der Haushaltsmittel entscheiden.
9. Veränderung des Ansatzes der Maßnahme 840501 auf 145.000 €.
 - Der Ansatz ist zweckgebunden für die Mitfinanzierung eines Kunstrasenplatzes und daher gesperrt. Bei Bedarf soll der Ansatz übertragen werden. Die Freigabe erfolgt durch die Ratsversammlung nach vorheriger Beteiligung der betroffenen Ausschüsse. Der Ausschuss für Schule und Sport ist dabei federführend.
10. Die Ansätze der Maßnahmen 840502 und 840503 werden gestrichen.
11. Die Summe der Kredite (Verschuldung) der Stadt soll das Eigenkapital zu keinem Zeitpunkt übersteigen.

12. Beschaffungen der Stadt Neumünster dürfen ausschließlich nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten erfolgen. Bei Beschaffungen ebenso wie bei Baumaßnahmen ist ausschließlich der gesetzlich vorgeschriebene Mindeststandard zu Grunde zu legen. Fahrzeuge mit alternativen Antriebsquellen (z.B. Wasserstoff bzw. Elektrofahrzeuge) dürfen nur dann beschafft werden, wenn die Total Cost of Ownership über den prognostizierten Lebenszyklus nachweisbar geringer ist als bei konventionell mit Verbrennungsmotor betriebenen Fahrzeugen.
13. Nach Jahren des Personalaufbaus ist die Stadt gefordert, ihre Aufgaben zukünftig durch Effizienz- und Produktivitätssteigerungen mit weniger Personal zu erledigen. Schlüsselfaktoren sind Ablafoptimierungen, Digitalisierung und der Einsatz künstlicher Intelligenz. Die Verwaltung ist gehalten, der Ratsversammlung spätestens mit Vorlage des Haushaltsentwurfes 2026 ein entsprechendes Konzept zur Verfügung zu stellen. Unabhängig von der finanziellen Notwendigkeit zum Abbau struktureller Defizite erfordert auch die Prognose, dass innerhalb der nächsten zehn Jahre 30 Prozent der städtischen Beschäftigten altersbedingt ausscheiden und voraussichtlich nicht in gleicher Zahl ersetzt werden können, ein solches Konzept und dessen Realisierung.
14. Die Verwaltung wird beauftragt, alle notwendigen Schritte einzuleiten, um eine Beteiligung des Landes an den Kosten der durch die Umstellung von G8 auf G9 notwendigen Raumerweiterungen an der Klaus-Groth-Schule und Alexander-von-Humboldt-Schule zu erreichen und somit Einnahmepositionen für diese Maßnahmen zu erzielen. Der Finanz- und Vergabeausschuss (federführend) und der Schul- und Sportausschuss ist über die getroffenen Maßnahmen und den Stand der Dinge zu informieren.
15. Die Ratsversammlung der Stadt Neumünster bemängelt den durch die Landesregierung beschlossenen Fortfall der Pauschalregelung bei der Erstattung der Schulkostenbeiträge. Dadurch hat die Stadt Neumünster als Schulträger im folgenden Haushaltsjahr Mindereinnahmen von ca. 400.000 Euro, die zu Lasten des Schulstandortes gehen. Die Verwaltung wird aufgefordert alle notwendigen Gespräche und Verhandlungen zu führen, um diesem Einnahmeausfall rückgängig zu machen bzw. zu kompensieren.
Der Finanz- und Vergabeausschuss ist über die bisherige Beteiligung der Stadt, sowie die folgenden getroffenen Maßnahmen und den Stand der Dinge zu informieren.
16. Die Einführung einer neuen Stadtmarke wird gestoppt. Es dürfen keine weiteren Aufwendungen für Entwicklung oder Einführung einer neuen Marke mehr entstehen.
17. Die Verwaltung wird aufgefordert, Hochbaumaßnahmen nach Möglichkeit in serieller Bauweise ausführen zu lassen, sofern dies im Rahmen der Mittelstandsförderung zu Gunsten ortsnaher Unternehmen möglich ist.
18. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Übersicht zu erstellen, welche freiwilligen Leistungen bis zu einem Maximalbetrag von 50.000 Euro im Jahr 2026 – und gegebenenfalls 2027 – durch die Dr. Hans-Hoch- Stiftung übernommen werden könnten.
19. Über die Entwicklung der Fall- und Finanzzahlen aus den Teilbudgets der Sozialen Hilfen und der Familien- und Jugendhilfe erfolgt im Ausschuss für Soziales und Gesundheit bzw. im Jugendhilfeausschuss eine jährliche Berichterstattung.
20. Die Angelegenheit wird zur Vorberatung in den Ausschuss für Finanz- und Vergabeangelegenheiten und den Hauptausschuss überwiesen.

Abstimmungsergebnis (geänderte und ergänzte Fassung):

Zustimmung (mehrheitlich)

Fraktion/Ratsmitglied	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
CDU	16		
SPD	13		
Die GRÜNEN	7		
FDP		4	
BfB/Die Linke	1	1	
Heimat Neumünster		3	
Bürgerfraktion	3		
AfD		3	
Ratsfrau Göking		1	
Ratsherr Schnittcher	1		
gesamt:	41	12	

13 .	Gremienumbesetzungen: Nachbesetzung im Stadtteilbeirat Gartenstadt Vorlage: 0345/2023/DS
------	---

Ratsfrau Broy schlägt Herrn Yasser El-Hawari als bürgerliches Mitglied vor.

Beschluss (Wahl):

Anstelle des zurückgetretenen Mitglieds, Herrn Kai-Uwe Stürck, wird Herr Yasser El-Hawari als Mitglied in den Stadtteilbeirat Gartenstadt gewählt.

Abstimmungsergebnis (Wahl):

Zustimmung (einstimmig)

Ja-Stimmen: 52
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 1

Somit ist Herr Yasser El-Hawari als bürgerliches Mitglied in den Stadtteilbeirat Gartenstadt gewählt.

14 .	Städtische Beteiligungen: Konzept Aufwandsentschädigungen, hier: Neuregelung von Aufwandsentschädigungen in Beteiligungsunternehmen Vorlage: 0273/2023/DS
------	--

Beschluss:

1. Der [der Vorlage] beiliegenden Neuregelung der Rahmenvorgaben zur Festsetzung von Aufwandsentschädigungen in den Aufsichtsräten der städtischen Gesellschaften wird zugestimmt.
2. Die Aufsichtsräte werden gebeten, bis zum 11. Oktober 2024 entsprechende Vorschläge unter Berücksichtigung der Vorgaben der Regelungen zu erstellen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung (mehrheitlich)

Ja-Stimmen: 48
Nein-Stimmen: 1
Enthaltung: 4

15 .	Bildung einer Verwaltungsgemeinschaft mit dem Kreis Segeberg zur Benennung der gemeinsamen Datenschutzbeauftragten Vorlage: 0310/2023/DS
------	---

Ratsfrau Broy bringt einen gemeinsamen Änderungsantrag der Ratsfraktionen von Grünen, FDP, CDU, BfB/Die Linke und Bürgerfraktion ein und begründet diesen. Demnach soll der Beschluss wie folgt geändert werden:

- „1. *Die Ratsversammlung nimmt die Planungen der Verwaltung zur Benennung der gemeinsamen Datenschutzbeauftragten, die damit verbundenen Sachkosten sowie den entsprechenden Vertragsentwurf zur Kenntnis.*
2. *Vor Abschluss des Vertrages mit dem Kreis Segeberg sind der Ratsversammlung folgende Alternativen dazu (Vor- und Nachteile, Kostenvergleich, ggf. Umsatzsteuerpflicht, ggf. Auswirkungen auf den Stellenplan) transparent darzulegen:*
 - *Wiederbesetzung der im Stellenplan vorhandenen 1 VZÄ und Schaffung / Besetzung von 0,5 zusätzlichen VZÄ (eine Stelle ist bereits im Stellenplan und in der Personalkostenplanung enthalten) oder*
 - *Vergabe an einen (kommerziellen) Dienstleister sowie eine Beschlussempfehlung auszusprechen.*
3. *Für den städtischen Haushalt 2025 sind vorsorglich TEUR 213 als Sachkosten einzustellen, ggf. erfolgt eine (anteilige) Umwidmung in Personalkosten.*
4. *Sofern eine Auslagerung der Aufgabe des Datenschutzbeauftragten erfolgt, ist die aktuell im Stellenplan ausgewiesene Stelle des Datenschutzbeauftragten ersatzlos zu streichen.*

Die Ergebnisse der Alternativenprüfung sind schnellstmöglich in folgenden Ausschüssen vorzulegen:

- *Ausschuss für Finanz- und Vergabeangelegenheiten*
- *Hauptausschuss*
- *Ratsversammlung*

Der Änderungsantrag ist im Ratsinformationssystem bei TOP 15 hinterlegt.

Der Änderungsantrag und die Vorlage werden intensiv und kontrovers diskutiert, insbesondere hinsichtlich der möglichen Auswirkungen sowie der Vor- und Nachteile der Verlagerung des Datenschutzes zum Kreis Segeberg oder dem Verbleib bei der Stadt. Zudem wird der Umgang mit der bisherigen Datenschutzstelle im Stellenplan kontrovers diskutiert.

Ratsherr Rüstemeier beantragt eine Sitzungsunterbrechung zu Beratungszwecken.

Die Sitzung wird von 17:57 Uhr für eine Pause unterbrochen und um 18:12 Uhr fortgesetzt.

Ratsfrau Broy bringt für die Ratsfraktionen von Grünen, FDP, CDU, BfB/Die Linke und Bürgerfraktion eine Neufassung des Änderungsantrages ein, welche den zuvor eingebrachten Änderungsantrag ersetzt. Demnach soll der Beschluss wie folgt geändert werden:

„Die Ratsversammlung stimmt der Bildung einer Verwaltungsgemeinschaft nach § 19a GkZ mit dem Kreis Segeberg zur Benennung der gemeinsamen Datenschutzbeauftragten zum 01.01.2025 unter folgenden Maßgaben zu:

- 1. Der Vertrag mit dem Kreis Segeberg wird auf eine VZÄ beschränkt,*
- 2. Der Vorgang wird der Ratsversammlung zur Haushaltsberatung 2026 im Herbst 2025 wieder vorgelegt,*
- 3. Es wird die Bildung eines Zweckverbands zur Erledigung der Aufgabe geprüft.“*

Dem Änderungsantrag von Grünen, FDP, CDU, BfB/Die Linke und Bürgerfraktion wird mit 51 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 2 Enthaltungen mehrheitlich zugestimmt.

Beschluss (geänderte Fassung):

Die Ratsversammlung stimmt der Bildung einer Verwaltungsgemeinschaft nach § 19a GkZ mit dem Kreis Segeberg zur Benennung der gemeinsamen Datenschutzbeauftragten zum 01.01.2025 unter folgenden Maßgaben zu:

1. Der Vertrag mit dem Kreis Segeberg wird auf eine VZÄ beschränkt,
2. Der Vorgang wird der Ratsversammlung zur Haushaltsberatung 2026 im Herbst 2025 wieder vorgelegt,
3. Es wird die Bildung eines Zweckverbands zur Erledigung der Aufgabe geprüft.

Abstimmungsergebnis (geänderte Fassung):

Zustimmung (mehrheitlich)

Ja-Stimmen: 53
Nein-Stimmen: 1
Enthaltung: 0

16 .	Jahresabschluss und Lagebericht 2020 mit Schlussbericht des Fachdienstes Rechnungsprüfung Vorlage: 0327/2023/DS
------	--

Beschluss:

Nach § 95m i. V. m. § 95n der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein a. F. wird zugestimmt:

- a) dem Jahresabschluss und dem Lagebericht 2020 in der vorgelegten Form
- b) dem Schlussbericht über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes 2020
- c) den Ausgleich des Jahresfehlbetrages 2020 aus der Ergebnisrücklage

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung (einstimmig, mangels Widerspruch)

17 .	Jahresabschluss und Lagebericht 2021 mit Schlussbericht des Fachdienstes Rechnungsprüfung Vorlage: 0328/2023/DS
------	--

Beschluss:

Nach § 91 i. V. m. § 92 Abs. 3 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein wird zugestimmt:

- d) dem Jahresabschluss und dem Lagebericht 2021 in der vorgelegten Form
- e) dem Schlussbericht über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes 2021
- f) dem Ausgleich des Jahresfehlbetrages 2021 aus der Ergebnisrücklage

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung (einstimmig, mangels Widerspruch)

18 .	Jahresabschluss und Lagebericht 2022 mit Schlussbericht des Fachdienstes Rechnungsprüfung Vorlage: 0329/2023/DS
------	--

Beschluss:

Nach § 91 i. V. m. § 92 Abs. 3 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein wird zugestimmt:

- g) dem Jahresabschluss und dem Lagebericht 2022 in der vorgelegten Form
- h) dem Schlussbericht über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes 2022
- i) der Zuführung des Jahresüberschusses 2022 zur Ergebnismrücklage und der Allgemeinen Rücklage

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung (einstimmig, mangels Widerspruch)

19 .	Schulentwicklungsplanung: Erweiterung der Fröbelschule; hier: Erweiterung des bestehenden Raumprogramms Vorlage: 0307/2023/DS
------	--

Beschluss:

Dem [der Vorlage] anliegenden Raumprogramm wird als weitere Planungsgrundlage zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung (einstimmig, mangels Widerspruch)

20 .	Teilfortschreibung zum Thema "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplanes Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 - Erster Entwurf Juni 2024 - Abgabe Stellungnahme - Beschluss Stellungnahme Vorlage: 0330/2023/DS
------	---

Beschluss:

Die vorliegende Stellungnahme zur Teilfortschreibung zum Thema „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 - Erster Entwurf Juni 2024 wird beschlossen und in das Beteiligungsverfahren eingebracht.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung (mehrheitlich)

Ja-Stimmen: 50
Nein-Stimmen: 3
Enthaltung: 1

21 .	Teilfortschreibung "Wohnbaulicher Entwicklungsrahmen" des Landesentwicklungsplanes Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021, Änderung Kapitel 3.6.1 Absatz 3 - Abgabe Stellungnahme - Beschluss Stellungnahme Vorlage: 0332/2023/DS
------	--

Beschluss:

Die vorliegende Stellungnahme zur Teilfortschreibung „Wohnbaulicher Entwicklungsrahmen“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021, Änderung Kapitel 3.6.1 Absatz 3 wird beschlossen und in das Beteiligungsverfahren eingebracht.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung (einstimmig, mangels Widerspruch)

22 .	Sportplatz am Volkshaus Ersatzneubau des Umkleidegebäudes Vorlage: 0320/2023/DS
------	---

Ratsherr Delfs bringt einen Ergänzungsantrag ein, welchem der Ausschuss für Schule und Sport in seiner Sitzung am 05.09.2024 bereits zugestimmt hatte und begründet diesen. Demnach soll der Beschluss wie folgt lauten:

„Trotz fehlender Information über die Darstellung der einzelnen erfragten Kostenpositionen sieht die Rastversammlung die Notwendigkeit der Zustimmung zur Vorlage zum Wohle des Sports in Neumünster und beschließt daher: Die Verwaltung wird beauftragt, die Baumaßnahme umzusetzen (Baubeschluss).“

Der Ergänzungsantrag ist im Ratsinformationssystem bei TOP 22 hinterlegt.

Der Ausschuss für Finanz- und Vergabeangelegenheiten, der Ausschuss für Bauen, Stadtplanung und Umwelt sowie der Hauptausschuss haben im Rahmen ihrer Vorbera- tung der Vorlage in unveränderter Form zugestimmt.

Der Änderungsantrag und die Vorlage werden intensiv und kontrovers diskutiert, insbe- sondere hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen sowie der Kommunikation der Verwal- tung bei Rückfragen durch die Politik.

Herr Stadtrat Hillgruber berichtet, dass sich der SVT mit etwa 240.000 € an den Kosten beteiligen werde.

Dem Ergänzungsantrag wird mit 13 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 32 Enthaltungen zugestimmt.

Beschluss (ergänzte Fassung):

Trotz fehlender Information über die Darstellung der einzelnen erfragten Kostenpositio- nen sieht die Rastversammlung die Notwendigkeit der Zustimmung zur Vorlage zum Wohle des Sports in Neumünster und beschließt daher: Die Verwaltung wird beauftragt, die Baumaßnahme umzusetzen (Baubeschluss).

Abstimmungsergebnis (ergänzte Fassung):

Zustimmung (mehrheitlich)

Ja-Stimmen: 40
Nein-Stimmen: 10
Enthaltung: 4

23 .	Dringliche Vorlagen
------	---------------------

Es liegen keine dringlichen Vorlagen vor.

24 .	Neumünster, sag mir... 2024 Vorlage: 0120/2023/MV
------	--

Es erfolgt Kenntnisnahme.

25 .	Gutachterkosten 1. HJ 2024 Vorlage: 0126/2023/MV
------	---

Es erfolgt Kenntnisnahme.

26 .	Jahresabschluss 2023 Vorlage: 0122/2023/MV
------	---

Es erfolgt Kenntnisnahme.

27 .	Quartalsbericht II /2024 Vorlage: 0117/2023/MV
------	---

Es erfolgt Kenntnisnahme.

28 .	Städtische Beteiligungen: Quartalsberichte II. Quartal 2024 städtischer Gesellschaften und Kommunalunternehmen Vorlage: 0127/2023/MV
------	--

Es erfolgt Kenntnisnahme.

29 .	Städtische Beteiligungen: Jahresabschlüsse 2023 städtischer Gesellschaften und Kommunalunternehmen Vorlage: 0128/2023/MV
------	--

Es erfolgt Kenntnisnahme.

gez. Anna-Katharina Schättiger
(Stadtpräsidentin)

gez. Dana Blank
(Protokollführung)